

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Mittwoch, 25. Mai 1988

Nr.100 (5 728)

Preis 3 Kopeken

Die Kooperation — ein mächtiger Hebel der Umgestaltung

Neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

Das Land ist in eine neue Etappe der praktischen Lösung der Probleme der grundlegenden Umgestaltung der sozialökonomischen und geistigen Entwicklung der Gesellschaft getreten. Daher ist es nur gesetzmäßig, daß das höchste Staatsmachtorgan — der Oberste Sowjet der UdSSR, der am 24. Mal zu seiner turnusmäßigen Tagung zusammengetreten ist, sich den brennenden Fragen der Umgestaltung des Lebens zugewandt hat, die sowohl für die Volkswirtschaft als auch für jeden Werktätigen, für die Befriedigung seiner vitalen Bedürfnisse und Interessen von entscheidender Bedeutung sind. In den Vordergrund werden hierbei die Wiederherstellung und die Realisierung der Leninschen Konzeption über die Kooperation gerückt.

Eine sachliche Stimmung und sachliche Besorgtheit um die Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU spüren die Deputierten aus den Wähleraufträgen wie auch aus der allgemeinen aktiven Lebensatmosphäre heraus. Sie fand ihren Niederschlag in den Dokumenten des jüngsten Plenums des ZK der KPdSU, das die Frage „Über die Thesen des ZK der KPdSU zur XIX. Unionspartei-Konferenz“ erörterte.

Die neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode wurde um 10 Uhr vormittags im Kreml mit der gemeinsamen Sitzung des Unions- und des Nationalitätensowjets eröffnet.

J. D. Masljukow, G. P. Rasumowski, J. F. Solowjow, N. W. Talysin, D. T. Jasow, O. D. Baklanow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, I. W. Kapitonow.

Der Vorsitzende des Nationalitätensowjets A. Voos, der die Sitzung eröffnete, teilte mit, daß folgende Fragen zur Erörterung stehen:

1. Änderungen der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

2. Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die Kooperation in der UdSSR.

3. Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane zur Realisierung des Programms für den Wohnungs-, Kultur- und Sozialbau im Sinne der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU.

4. Bericht über die Tätigkeit des Obersten Gerichts der UdSSR.

5. Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Diese Tagesordnung sowie der Modus der Tagung werden einstimmig bestätigt.

Darauf wurde das Wort zum ersten Frage der Tagesordnung dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Deputierten J. K. Ligatschow erteilt.

Gestatten Sie mir, Ihnen im Auftrag des Zentralkomitees der Partei folgende Vorschläge über einige Änderungen der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zur Erörterung vorzulegen.

Zunächst zu den stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Sie wissen bereits, daß die Vorsitzenden der Präsidien der Unionsrepubliken gemäß der geltenden Praxis in der Regel zugleich stellvertretende Vorsitzende des

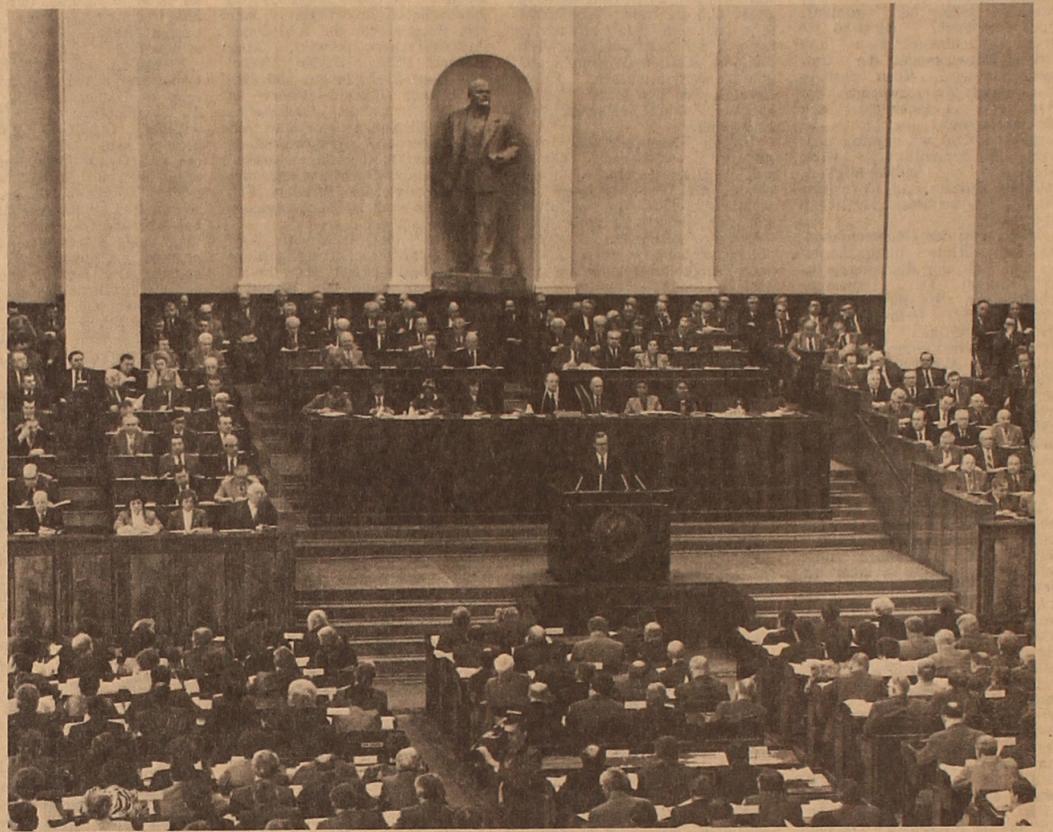
Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR sind. Nun wurden R. N. Nischanow und R.-B. I. Songalla, die bisher als Vorsitzende der Präsidien der Obersten Sowjets der Usbekischen und der Litauischen Unionsrepublik fungierten, zu Ersten Sekretären der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken gewählt, und S. Mukaschew, der als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR wirkte, trat in den Ruhestand. Es wird der Vorschlag unterbreitet, die genannten Genossen ihrer Obliegenheiten als stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu entbinden.

Die Partei- und die Staatsorgane der Usbekischen, der Kasachischen und der Litauischen Unionsrepublik schlagen vor, P. Chabibulajew, S. K. Kamalidenow und W. S. Astrauskas, die Vorsitzende der Präsidien der Obersten Sowjets dieser Unionsrepubliken sind, zu stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen.

Nun zum Vorschlag über die Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Da B. N. Jelzin zum Minister der UdSSR ernannt wurde und I. B. Usmanchodshajew zur Zeit im Ruhestand ist, wird vorgeschlagen, sie ihrer Obliegenheiten als Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu entbinden.

Die Partei- und die Staatsorgane Moskaus, Usbekistans und Baschkiriens machen den Vorschlag, L. N. Salkow, Mitglied des Politbüros, Sekretär des Zentralkomitees der Partei und Erster Sekretär des Moskauer Stadtpartei-Komitees, R. N. Nischanow, Erster Sekretär

(Schluß S. 3)



Während der Eröffnung der neunten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode. Foto: TASS

Zur Rolle der Kooperation in der Entwicklung der Wirtschaft des Landes und zum Entwurf des Gesetzes über die Kooperation in der UdSSR

Bericht des Deputierten N. I. RYSHKOW, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

Der Oberste Sowjet der UdSSR, sagte N. I. Ryschkow, wird eine Frage von enormer gesellschaftlich-politischer Bedeutung erörtern und das Fazit der im Lande durchgeführten großen und prinzipiellen Volksaus-sprache über die Rolle und den Platz der Kooperation in der Entwicklung der sozialistischen Ökonomie, in der Vertiefung jener revolutionären Umwandlungen im Leben der Gesellschaft ziehen, die von der Partei im April 1985 eingeleitet wurden.

Heute, im Vorfeld der XIX. Parteikonferenz ist der progressive Charakter der Umwandlungen, die sich im Lande vollziehen, besonders stark zu spüren. Die radikale ökonomische Reform gewinnt an Kraft. Die Demokratisierung und die Offenheit erobern neue Positionen. Nun steht uns bevor, noch einen großen Schritt auf dem Wege der Umgestaltung zu machen, nämlich weiten Spielraum für die weitgehende Entwicklung der Kooperationsbewegung mit ihren wahrhaft gigantischen Möglichkeiten und ihrer Bedeutung für den sozialistischen Aufbau zu eröffnen.

In der Ansprache des Genossen M. S. Gorbatschow auf dem vierten Unionskongreß der Kolchosbauern kam auf der Grundlage der Analyse der Leninschen Lehre über die Kooperationsbewegung eine der grundlegenden Ideen Wladimir Iljitschs zum Ausdruck, das Wachstum des Sozialismus sei dem Wachstum des Sozialismus gleich. Es wurde überzeugend bewiesen: Die an die gegenwärtigen Bedingungen angepaßte Kooperation ist ein wirksames Mittel und ein mächtiger Beschleuniger zur Erreichung der edlen Ziele, die vor unserer Gesellschaft stehen. Heute ist sie jenes Glied in der Aufbauarbeit der Partei und des Staates, das in vielen dem Erfolg in der Lösung der Hauptaufgabe entscheidet, die wachsenden Bedürfnisse der sowjetischen Menschen möglichst voll zu befriedigen.

Für die Entwicklung der Kooperationsbewegung im Lande und für ihre Umwandlung in eine wirklich massenhafte Erscheinung sind heute alle erforderlichen politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen geschaffen worden. Sie sind dadurch bedingt, daß die neuen Prozesse im Leben der Gesellschaft immer aktiver aufkommen und unumkehrbar werden: die Demokratisierung wird zur Realität, die Offenheit zur Verhaltensnorm, der Mensch zum Herren seiner Sache. Die Kooperation als

eine demokratische Form der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und der Arbeit ist berufen, eine wichtige Rolle bei der weiteren Vertiefung dieser revolutionären Umwandlungen zu spielen.

Der dem höchsten Organ des sowjetischen Staates zur Erörterung unterbreitete Entwurf des Gesetzes über die Kooperation ist durch die Umgestaltung ins Leben gerufen worden und soll für die Umgestaltung arbeiten. Darin hat das neue Herangehen an die ökonomische Politik, der die in ihrer stetigen Entwicklung ewig lebendige Leninsche Lehre vom Sozialismus und von seinen unerlöschlichen Schaffenskräften zugrunde liegt, seinen gesetzgebenden Ausdruck gefunden.

Groß ist die Bedeutung des Gesetzesentwurfes für die Gegenwart und die Zukunft unserer Gesellschaft. Davon zeugen die Ergebnisse der Volksaus-sprache. Sie hat gezeigt, daß der Entwurf die Interessen von Millionen Menschen widerspiegelt, daß die Werktätigen — Kolchosbauern, andere Kooperatoren, Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler, Spezialisten, Wirtschaftsführer — ihn leidenschaftlich begrüßen. Alle Schichten der Bevölkerung haben die aktive Ausrichtung dieses Dokuments auf die Beschleunigung der Umgestaltung leidenschaftlich unterstützt, und zwar vor allem darum, weil das neue Gesetz den Kern der Kooperation, ihr demokratisches Wesen, zum Ausdruck bringt und unter Schutz nimmt.

Groß ist die soziale Kraft dieses Dokuments. In seinem Wesen ist das Gesetz dem Menschen der Arbeit zugewandt, es entspricht seinen Interessen, daher trägt es auch zur Behauptung der Grund-feste des Sozialismus bei.

Im Verlaufe der Erörterung des Entwurfs, sagte der Redner, wurden zahlreiche Vorschläge und Bemerkungen gemacht, die bei der endgültigen Ausarbeitung des Dokuments unschätzbar waren. Kein einziger der eingebrachten Vorschläge und Bemerkungen wurde unbeachtet gelassen. 42 von den 50 Artikeln wurden so oder anders geändert und ergänzt. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR sprach allen Bürgern, die an der Erörterung des Gesetzesentwurfes teilgenommen haben, tiefempfundenen Dank aus.

Der strategische Kurs der Partei auf die Umgestaltung wird dem gesellschaftlichen Leben nur in dem Fall Dynamismus verleihen, den Wohlstand jeder Familie und jedes sowjetischen Menschen zusehends verbessern,

wenn der Zuwachs des Produktionspotentials und die enge Zusammenarbeit des staatlichen und des genossenschaftlichen Sektors der Ökonomie abgesehen sein werden. Der Redner charakterisierte die in der Volkswirtschaft entstandene Situation und unterstrich, daß es in der Zeit seit dem Aprilplenum des ZK der KPdSU von 1985, ungeachtet der Schwierigkeiten es gelungen sei, die Ökonomie aus dem Vorkrisenzustand herauszubringen und die Verlangsamung des Wachstumstempes der Produktion im allgemeinen zu überwinden. In der Volkswirtschaft mehrten sich die progressiven Veränderungen und die gesunden Kräfte, die das qualitativ andere Antlitz unserer Ökonomie bestimmen. In hartem Ringen gegen das Alte brechen sich zusehends das neue ökonomische Denken und die ökonomischen Leitungsmethoden Bahn. An die erste Stelle rückt das Vermögen, schöpferisch und initiativvoll zu arbeiten, die Produktion auf der Grundlage seiner Intensivierung zu entwickeln. Zu solchem Vorgehen veranlassen die Betriebskollektive die wachsende Selbständigkeit, die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Selbstfinanzierung. Und das bringt bereits seine guten Früchte.

Bedeutend gewachsen ist das Tempo der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird zum einzigen Faktor, der den Zuwachs des National-einkommens sowie der Industrie- und landwirtschaftlichen Produktion, des Umfangs der Arbeiten im Bau- und im Transportwesen absichert. Der Aufwandsmechanismus, der in der Produktion viele Jahre vorherrschte, ist noch bei weitem nicht gebrochen, jedoch der Druck auf ihn wächst. Es ist Kurs auf die grundlegende Rekonstruktion der Volkswirtschaft genommen worden.

Große Wandlungen vollziehen sich auch im Sozialbereich. Die Praxis der Bewilligung der Ressourcen für die Festigung und den Ausbau seiner Materialbasis nach dem Restprinzip wird ausgemerzt. Die Prioritätsentwicklung des Sozialbereichs wird immer spürbarer. Die gewaltigen Wandlungen sind vor allem bei der Lösung des Wohnungsproblems zu sehen, das eines der akutesten bleibt. In den zwei Jahren des Planjahresfünftens wurde ein solcher Zuwachs im Wohnungsbau erreicht, den wir in den vergangenen zehn Jahren nicht gehabt hatten.

Doch besonders auffallend ist die Erneuerung im Bereich der menschlichen Beziehungen. Die

Menschen gewinnen das Gefühl zurück, ein wahrer Herr der Produktion zu sein, in den Kollektiven haben sich die demokratischen Grundlagen gefestigt, auch die soziale und die Arbeitsaktivität nehmen zu. Besonders wichtig ist, daß der Glaube der Menschen an die Umgestaltung mit jedem Tag immer fester wird. Und das bedeutet, daß die Partei das Volk, die ganze Gesellschaft auf dem richtigen Wege führt.

Wir haben es aber doch nicht vermocht, in vollem Maße vieles davon zu verwirklichen, was wir gemäß den Beschlüssen des Aprilplenums von 1985 und des XXVII. Parteitages der KPdSU vorgesehen hatten. Zu groß ist noch die Beharrungskraft der Vergangenheit. Es gibt noch nicht wenige Struktureinheiten der Ökonomie, wo die Umgestaltung sich den Weg über die im Laufe von Jahrzehnten entstandenen Überlagerungen und Sperren bahnen muß.

Insbesondere ruft die Realisierung unserer Programme auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Besorgnis hervor. Seine Schlichtheit bleibt weiterhin in einer Reihe von Zweigen spürbar, besonders im Maschinenbau, der die Schlüsselrolle spielt. Nicht energisch genug wird auch die Aufgabe der Ressourceneinsparung gelöst, was sich negativ auf die Bilanziertheit der Arbeit der Volkswirtschaft auswirkt. Doch besonders akut bleibt das Problem der Deckung des wachsenden zahlungskräftigen Bedarfs der Bevölkerung. Seine Lösung ist mit der Steigerung der Produktion von Konsumgütern und vor allem von Nahrungsmitteln verbunden. In den zwei Jahren des Planjahresfünftens sind der Bevölkerung Waren im Werte von 22 Milliarden Rubel und entgeltliche Leistungen für 4,5 Milliarden Rubel zu wenig geboten worden. All das hat zum Entstehen schmerzhafter Herde in der Ökonomie und im sozialen Leben der Gesellschaft geführt.

Wir haben die zwölfte Fünfjahrperiode in einer äußerst verfahrenen finanziellen Lage begonnen. Ihr Zustand ist auch heute unbefriedigend. Hoch ist der Anteil der verlustbringenden Betriebe. Eine Reihe von Zweigen und Produktionslinien kommt nur dank den staatlichen Zuwendungen knapp aus, auch eine Wende im Kampf gegen Mißwirtschaft ist nicht erreicht worden. Zum Gesagten sei hinzugefügt, daß sich die wirtschaftliche Lage aus manchen Gründen verschärft hat, die bei der Formulierung des laufenden Fünfjahrplans

nicht berücksichtigt werden konnten. Dazu gehören u. a. die Verschlechterung der Konjunktur auf dem Weltmarkt für die Produktion, die die Grundlage unseres Exportes bildet.

Es gibt viele Probleme, und bei ihrer Lösung sind nur die ersten Schritte getan worden. Man muß die Arbeit zur Sanierung unserer Volkswirtschaft beharrlich fortsetzen, Stabilität der Entwicklung der Ökonomie verleihen und ihr ein qualitativ neues Wachstum sichern. In diesem Jahr arbeitet über die Hälfte der ganzen Industrie bei vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung und Eigenfinanzierung. All das muß der Entwicklung des führenden Sektors unserer Ökonomie — des staatlichen — eine neue Qualität verleihen, seine Potenzen voll erschließen und so die wirtschaftliche Macht des Landes stärken.

Aber heute ist absolut klar, führte der Redner weiter aus, daß wir die komplizierten und großdimensionalen Aufgaben der Umgestaltung der Volkswirtschaft nicht nur durch die größtmögliche Entwicklung des staatlichen Sektors der Ökonomie lösen können und müssen. Dazu muß man auch die ganze Vielfalt der Formen der sozialistischen Wirtschaftsführung verwenden und vor allem die effektivste darunter — die genossenschaftliche.

Die Ursachen ihrer hohen Effektivität sind leicht zu verstehen — das Hauptbesonderheit der Kooperation besteht darin, daß es die wichtigste gesellschaftliche Form der Offenbarung der Selbständigkeit und schöpferischen Aktivität der Werktätigen, ihrer Einbeziehung in die unmittelbare Leitung der ökonomischen und wirtschaftlichen Prozesse auf der konsequenten demokratischen Grundlage ist. Gerade darin liegt, vom politischen Standpunkt aus gesehen, ihr wahrhaft sozialistisches Wesen.

Es gibt da noch ein Moment — das organisatorische. Die großen und supergroßen staatlichen Betriebe, die das Fundament unserer Wirtschaft bilden, haben es schwer, auf den mannigfaltigen und Hauptache, sich schnell an den Bedarf ständig in der nötigen Weise zu reagieren. Das heißt, daß es notwendig ist, alle Bedingungen für die optimale Entwicklung der mittleren und kleineren Betriebe mit flexibler und manövrierfähiger Struktur zu schaffen, die sich unmittelbar auf den Markt, auf den Konsumenten ihrer Produktion orientieren. Dabei ist das Vermögen wichtig, sich auf den Bedarf der Volkswirtschaft und der Bevölkerung zu reagieren und an der

Deckung dieses Bedarfs interessiert zu sein. Eine solche Flexibilität und Interessiertheit sind in vollem Maße dem Genossenschaftswesen eigen. Außerdem macht es den Menschen zu einem wahren Herren der Produktion und setzt seine geistigen Kräfte und schöpferische Potenzen frei.

Eben darum eröffnen sich reale Möglichkeiten für die Überwindung vieler negativen Tendenzen in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes durch die mit der Umgestaltung und Demokratisierung der Wirtschaftsmethoden im staatlichen Sektor der Ökonomie organisch verbundene Genossenschaftsbewegung. Die Kooperation rückt in die vorderen Reihen auch noch deshalb, weil sie in kürzesten Fristen die akuten, erstrangigen Probleme der Umgestaltung, und zwar den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Waren und Dienstleistungen lösen hilft. Auf diese Weise wird es zu einem mächtigen Faktor der Beschleunigung.

Heute überzeugen wir uns anschaulich davon, daß die Genossenschaftsbewegung immer beherrschlicher in die Ökonomie und andere wichtige Lebensbereiche der Gesellschaft ein-dringt. Schon in der Genossenschaftsform der Wirtschaftsführung selbst ist das, was wir neue ökonomische Denkweise nennen, vorhanden.

Zugleich aber kommt es zu-wellen vor, daß viele Wirtschaftsführer, Partei- und Staatsfunktionäre sowie Wirtschaftswissenschaftler trotz der vom XXVII. Parteitag erarbeiteten exakten Linie gegenüber der Kooperation sich entweder tief-sinnig in Schweigen hüllen und abwarten oder der Entwicklung der Kooperation direkt entgegen-wirken. Mit fragwürdigen Be-weismitteln suchen sie noch immer, die alten Dogmen von der „Zweitrangigkeit“ des Genossenschaftsbaus und seiner Aussichtslosigkeit zu verteidigen. Nicht selten wird solch ein Entgegenwirken durch die „Reinheit“ der marxistisch-leninistischen Theorie des Sozialismus bemängelt.

Diese Position bewertend, sagte der Redner, daß darauf immer noch die Bürde der alten Vorurteile über den Sozialismus lastet. Und manchen hindern ganz einfach die eigenen Ambitionen, die er für eine Art Prinzipientreue ausübt, daran, die Lehre Lenins von den Formen und Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung und die reale Wirklichkeit objektiv aufzufassen. Sie kommen besonders dann zum

Vorschein, wenn es um solch eine entscheidende Bedingung der effektiven Entwicklung der Kooperation geht, wieder Ware-Geld-Austausch auf kommerzieller Grundlage und unter Verhältnissen des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Doch gerade auf diesen Prinzipien beruht der Hauptweg der Wiedergeburt der Genossenschaftsbewegung. Eben durch die Ware-Geld-Verhältnisse wird die Kooperation weiterentwickelt, und auf dieser Grundlage wird der Wert des Rubels wiederhergestellt und der Markt saniert. Das ist der Kernpunkt der Leninschen Auffassung des Wesens der Kooperation.

Viele Jahre wurden die Leninschen Bestimmungen und Zielsetzungen über die Kooperation grob verletzt. Sie wurden durch administrative und Kommando-methoden der Leitung ersetzt. Es kam zu einer faktischen Verstaatlichung der Kooperation und der genossenschaftlichen Form des Eigentums. Heute stellt die Partei prinzipiell und offen die Frage der Wiedergeburt und der allseitigen Entwicklung der Genossenschaftsbewegung im Lande. Das Zentralkomitee der KPdSU und die Regierung gehen davon aus, daß die Kooperation ein objektiv notwendiger Teil ist, welcher der Volkswirtschaft und dem ganzen Gesellschaftssystem organisch innewohnt.

Nachdem der Redner im weiteren die Hauptfunktionen der Kooperation, die in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unersetzbar ist, charakterisiert hatte, zog er den Schluß, daß heute alle Bedingungen vorhanden seien und die Notwendigkeit dafür bestehe, daß sich die Genossenschaftsbewegung in den verschiedensten Formen effektiv, rasch und allerorts weiterentwickelt. Die Erweiterung der genossenschaftlichen Tätigkeit ist kein neuer Tribut der Mode, keine zeitweilige Nuance der Politik, sondern ein Lebensbedürfnis unserer weiteren Vorwärtsbewegung auf dem Wege der vorge-sehene sozialökonomischen Umgestaltung.

Der dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung vorgelegte Entwurf des Gesetzes über die Kooperation, erklärte weiterhin N. I. Ryschkow, wird den vorhandenen Rechtsstatus der Genossenschaften von Grund auf ändern. Das Gesetz stellt ihre kooperative Natur und die Hauptprinzipien der genossenschaftlichen Demokratie in vollem Maße wieder her. Es ist dazu berufen, weiten Spielraum für die Schaffung und die aktive Entwicklung ganz verschiedener (Fortsetzung S. 2)

Zur Rolle der Kooperation in der Entwicklung der Wirtschaft des Landes und zum Entwurf des Gesetzes über die Kooperation in der UdSSR

(Fortsetzung)

Kooperative in allen Bereichen unserer Ökonomie zu bieten, es wird ein kräftiger Stimulus für den weiteren Aufstieg des Genossenschaftswesens sein, es auf eine qualitativ neue Ebene bringen und es ermöglichen, viele Millionen Sowjetmenschen für die Entwicklung der Ökonomie und des sozialen Lebensbereiches zu gewinnen.

Es ist sehr wichtig, daß die Genossenschaft ebenso wie der staatliche Sektor der sozialistischen Ökonomie wirklich zu einem gleichberechtigten und aktiven Mitwirkenden der Umgestaltung wird. Eben deshalb ist es notwendig geworden, die Prinzipien, auf denen sie sich entwickeln muß, legislativ zu verankern. Die wichtigsten darunter sind: Freiwilligkeit, wirtschaftliche Selbstständigkeit, Selbstverwaltung und Unverletzlichkeit des genossenschaftlichen Eigentums.

Man bietet den Genossenschaften weitestgehende Möglichkeiten bei der Wahl der Richtungen ihrer Tätigkeit. Das Genossenschaftswesen wird nur dann die Initiative und Selbstständigkeit der Werktätigen freimachen, wenn es nicht durch einen strikt festgelegten Aktionsradius eingekerkert wird, unabhängig davon, ob das die Agrar- oder Industrieproduktion, die dienstleistungsmäßige Betreuung, die intellektuelle oder Einführungsaktivität betrifft. Solch eine Politik entspricht vollständig dem Interesse der Sache.

Der Redner belegte mit Zahlen die These darüber, daß das Leben unsere Gesetzgebung überholt. Das Gesetz ist noch nicht verabschiedet, sagte er, aber die Genossenschaften werden schon auf Initiative von unten gegründet, sie wirken in ganz verschiedenen Bereichen. Allein in der Zeit nach der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs, d. h. weniger als in drei Monaten, wurden im Lande 6 000 Genossenschaften organisiert, während es in den vorangegangenen anderthalb Jahren nur 14 000 waren. Dieser Prozeß wird sich natürlich um so schneller vollziehen, je effektiver die organisatorische und wirtschaftliche Tätigkeit sowohl im Zentrum als auch an der Basis betrieben werden wird. An der Basis leistet man aber den Genossenschaften oft keine Hilfe; im Gegenteil — man schafft da ihnen durch nichts begründete Hindernisse.

Von prinzipieller Wichtigkeit ist der im Entwurf formulierte Letztatz über die Gründung der Genossenschaften. Dafür braucht man jetzt keine besondere Genehmigung der Staats-, Wirtschafts- und anderen Organe. Sie werden nach dem Wunsch der Bürger ausschließlich freiwillig organisiert. Eine beliebige Genossenschaft mit eigenem Statutentwurf, der aufgrund des Gesetzes über die Genossenschaft erarbeitet wurde, hat das Recht, ihn ungehindert im Exekutivkomitee des örtlichen Sowjets der Volksdeputierten zu registrieren. Somit werden die bürokratischen Wurzeln in Sache der Gründung der Genossenschaften unterwühlt.

Die wichtigste juristische Garantie, die zur Entwicklung der Genossenschaftsbewegung beisteuert, ist die vollständige Freiwilligkeit. Dabei nicht nur während der Gründung einer Genossenschaft, sondern auch beim Ein- und Austritt der Bürger daraus.

Freiwilligkeit ist keine Losung und kein formales Recht. Das ist eine reale Rechtsnorm, die man strikt einhalten muß. Wir erinnern uns noch an die Zeit, als man dem Menschen keine Beschneidung über den Wohnort und keine anderen notwendigen Papiere ausstellte, um ihn gewaltsam auf dem Lande zurückzuhalten und ihm keine Möglichkeit zu geben, aus der Genossenschaft auszutreten. Leider zwingt man die Menschen auch heute noch zur Mitgliedschaft in einer Genossenschaft. Solch eine Praxis muß entschieden verurteilt werden.

Das Genossenschaftswesen muß sich in unserem Lande freiwillig, unter maximal günstigen Bedingungen entwickeln, wo der Weg zur Genossenschaft einem jeden offensteht. Es kommen aber schon Signale: Mancherorts gibt man keine Möglichkeit, Genossenschaften zu gründen. Man behindert es unter einem äußerlich passenden Vorwand, keinen Abfluß der Arbeitskräfte aus dem staatlichen Wirtschaftssektor in den genossenschaftlichen zuzulassen. Das ist eine erdachte und vorgeschobene Fälschung, unterstellt der Referent. Denn wenn ein Mensch einen Betrieb verläßt, mag es ein staatlicher oder ein genossenschaftlicher sein, so heißt es, daß ihm die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Verdienstmöglichkeiten dort nicht passen. Und man muß es sich exakt klarmachen, daß es hier nicht um Prioritäten geht. Die beiden Wirtschaftssektoren sind gleichberechtigt. Ein jeder Bürger hat das Recht, wie das im Gesetzesentwurf auch vorgesehen wird, sich an der Genossenschaftsbewegung zu beteiligen. Und es darf dabei keinerlei Einschränkungen geben.

Die Kooperation ist außer allem dem berufen, eine Mission von gewaltiger sozialer Bedeutung zu erfüllen: Für die gesellschaftlich-nützliche Arbeitsfähigkeit aller diejenigen Bürger zu gewinnen, die infolge ihres Alters, Gesundheits-

zustandes, der Familien- und anderen Umstände nicht an der Arbeit der staatlichen Betriebe und Organisationen teilnehmen können. Es handelt sich um Rentner, Invaliden, Hausfrauen, Studenten und Schüler.

Das trifft auch auf die Bürger zu, die im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technik und Technologie in die Volkswirtschaft sowie mit der Vervollkommnung der Leitung und des Wirtschaftsmechanismus freigesetzt werden. Es ist durchaus logisch, daß die freien Arbeitskräfte je nach dem Bedarf effektiv im Bereich der Konsumgüterproduktion und der Dienstleistungen ausgenutzt werden müssen. Dieser Bereich wird sich schon in der nächsten Zukunft besonders rasch entwickeln.

Um ihr Riesopotential vollständig zu realisieren, können sich die Genossenschaften, in Verbänden und Vereinigungen zu sammenschließen, die selbstverständlich auf streng freiwilliger Grundlage geschaffen werden. Solche Verbände werden sowohl nach Tätigkeitsbereichen als auch nach Regionen formiert. Der Zweck und Sinn ihres Bestehens liegt in der Festigung der genossenschaftlichen Demokratie, in der Vervollkommnung der Produktion, in der Einführung der Erkenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in der Gewährleistung des Schutzes der Rechte der Genossenschaften. Die Verbände vertreten die Interessen der Genossenschaften in den staatlichen und anderen Organen sowie in internationalen Organisationen. Als Beispiel führte der Redner die im März 1988 in der Stadt Nabereschnyje Tschelny gegründete Vereinigung an, der 35 Genossenschaften verschiedener Richtungen angehören. Die Genossenschaftler wählten ihr Leitungsorgan — die Exekutivkommission. Ihr ist die Pflicht auferlegt worden, die Nachfrage und das Angebot auf dem Binnenmarkt, die Nutzungsmöglichkeiten für die freien materiell-technischen Ressourcen zu ermitteln, über die die staatlichen Betriebe und Organisationen verfügen, Reklame für die Erzeugnisse der Genossenschaften zu machen, zur Einführung von Erfindungen und Verbesserungsvorschlägen beizutragen, die Interessen der Genossenschaften in verschiedenen staatlichen Organen zu verteidigen und zu vertreten. Die Vereinigung beabsichtigt, ihre genossenschaftliche Bank zu gründen, um die eigenen Aktiva und freien Geldmittel der Bevölkerung effektiv zur Entwicklung des Produktionsbereichs zu nutzen. Gerade das ist die genossenschaftliche Initiative und Demokratie in Aktion.

Große Aufmerksamkeit im Laufe der volkswirtschaftlichen Erörterung des Entwurfs galt der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Genossenschaften. Und das nicht zufällig. Einen großen Schaden haben der Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung die unbegründeten Eingriffe in die Angelegenheiten der Genossenschaften sowohl durch die staatlichen als auch die gewählten genossenschaftlichen Organe zugefügt. Der wesentliche von den zahlreichen Vorschlägen, die aus diesem Anlaß unterbreitet worden sind, ist nach Meinung der Regierung der Vorschlag über die Einräumung den Genossenschaften des Rechts, im Gericht oder in der Arbitrage gegen eine beliebige rechtswidrige Handlung staatlicher und gewählter genossenschaftlicher Organe Berufung einzulegen. Dieses Recht, ergänzt durch die Möglichkeit, Berufung gegen nichtkompetente Anweisungen verschiedener Art einzulegen, die einen materiellen Schaden nach sich gezogen haben, bildet eine zuverlässige Garantie für den Schutz der Interessen der Genossenschaften vor Liebhabern von Kommandomethoden, die es bei uns leider immer noch gibt.

Der erste Schritt einer beliebigen Genossenschaft beginnt mit der Bildung ihres Eigentums. Darüber hat es in den Jahren der Sowjetmacht viel Gerede gegeben. Allein an theoretischen Werken wurden ganze Berge verfaßt! Doch wohl in keiner anderen Frage herrscht solch ein Wirrwarr wie in dieser. Anfang der 30er Jahre wurde das genossenschaftliche Eigentum für nebensächlich und sozial nichtvollwertig erklärt, dessen Möglichkeiten vollständig erschöpft seien. Infolge solcher grundfalscher Voraussetzungen wurde dieses Eigentum auf das Niveau des staatlichen, des Volkseigentums „erhoben“. Die traurigen Folgen jener theoretischen Hirngespinnste sind gut bekannt. In der Landwirtschaft führten sie zum Beispiel zur Isolierung des Ackerbauers vom Boden, zum Verlust seines Gefühls der Teilhaftigkeit am gesellschaftlichen Eigentum, der persönlichen Interessiertheit an den Resultaten des Wirtschaftens. Als Ergebnis trat eine konsequente Entvölkerung der Dörfer ein, besonders in den Zentralgebieten Rußlands. Auch die Mitglieder der Konsumgenossenschaften haben aufgehört, Herren ihres Eigentums zu sein.

Der Gesetzesentwurf enthält prinzipiell wichtige Thesen, die auf die Festlegung des genossenschaftlichen Eigentums, auf die Verstärkung seines Rechtsschutzes zielen. Das Eigentum der Genossenschaft darf von nun an nicht beschlagnahmt und nicht an staatliche, genossenschaftliche oder andere Betriebe, Organisationen

und Bürger ohne Zustimmung der Vollversammlung ihrer Mitglieder übergeben werden. Es ist ja allbekannt, wie es früher nicht selten zugeht: Die örtlichen Organe entzogen ohne das Wissen der Genossenschaft deren Mittel auf Schritt und Tritt für Zwecke, die mit ihrer statutenmäßigen Tätigkeit nichts gemeinsam hatten. Ein Kolchos brauchte nur einigermaßen auf die Beine zu kommen und seine Schulden zu tilgen, als man schon verschiedene Abgaben von ihm forderte. Im vorigen Jahr zum Beispiel hob der RAPO des Rayons Tschernenkowski, Moldauische SSR, 174 000 Rubel vom Konto des Kolchos „50 Jahre Oktober“ für ihre Reserve ab zwecks Erweilung finanzieller Hilfe wenig rentablen und verlustbringenden Agrarbetrieben. Selbstverständlich, ohne Zustimmung der Vollversammlung der Kolchosmitglieder. Ähnliche Fälle gibt es auch im Konsumgenossenschaftswesen.

Durch solche Handlungen wird den Genossenschaftsmitgliedern das Verfügungsrecht über ihr Eigentum entzogen. Die Situation ist paradoxal: Besitzer ist die Genossenschaft, in Wirklichkeit aber schaltet und waltet ein anderer. Das widerspricht dem Wesen der Kooperation. Das Gesetz ist berufen, die Genossenschaft gegen beliebige Anschläge auf deren Rechte und Vermögen zu schützen und schafft die notwendigen Rechtsgarantien dafür.

Das Herzstück des Gesetzes ist der Wirtschaftsmechanismus der Kooperation. Er hat, unterstrichen der Redner, die reichen historischen Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung, alles Beste, das in den ersten Jahren der Sowjetmacht gesammelt worden ist, alles Fortschrittliche aus der Praxis der neuen Genossenschaften im Bereich der Produktion und Dienstleistungen in sich aufgenommen. Selbstverständlich steht er im Einklang mit den Bestimmungen des Gesetzes über den staatlichen Betrieb.

Die prinzipielle Bedeutung des Gesetzesentwurfs über die Kooperation besteht vor allem darin, daß der ihm zugrundeliegende Mechanismus alles Progressive verankert, das heute in die Praxis der sozialistischen Betriebe eingedrungen ist, sie mit neuem Inhalt füllt und einen Impuls der weiteren Vervollkommnung des gesamten Systems der Wirtschaftsweise verleiht. Die Grundprinzipien dieses Mechanismus sind die vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung, die Aus- und Einnahmemechnung, die Verstärkung der ökonomischen Interessen in den Beziehungen der Genossenschaften sowohl untereinander als auch mit den staatlichen Betrieben und dem individuellen Wirtschaftssektor.

Das setzt die Wiederherstellung der Rolle der Ware-Geld-Beziehungen des Marktes voraus, die zur vorherrschenden Form der Wirtschaftsbeziehungen der genossenschaftlichen Warenproduzenten mit Konsumenten werden sollen. Gerade die Orientierung der Kooperation auf die Entwicklung des sozialistischen Warenmarktes und der Dienstleistungen bestimmen das Wesen des Wirtschaftsmechanismus sowie die Besonderheiten der Organisation der Planung der Kooperationstätigkeit, der Preisbildung, der Einkommensverteilung und Entlohnung.

Der demokratische Charakter der Kooperation setzt deren vollständige Selbstständigkeit, vor allem bei der Planung, voraus. Die einzige Rechts- und Wirtschaftsform in allen Wirtschaftsbeziehungen der Genossenschaften wird von nun an der Vertrag. Er ermöglicht es, die Tätigkeit des Kolchos oder einer anderen Genossenschaft auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Konsumenten richtig zu orientieren.

Die allseitige Entwicklung der direkten Vertragsbeziehungen zwischen den Genossenschaften und den Konsumenten ihrer Erzeugnisse führt dazu, daß je mehr es auf den Markt und den Konsumenten orientierte genossenschaftliche Betriebe in unserem Land gibt, desto schneller mit den abnormen Defiziterscheinungen Schluß gemacht wird. Ein anderer Aspekt der Frage ist der, daß die Erhöhung der Zahl der Genossenschaften die Entwicklung der sozialistischen Konkurrenz zwischen ihnen bedeutet. Und dies ist seinerseits ein Weg zur Senkung der Produktionskosten und Marktpreise.

Die Genossenschaft ist ein kostendeckender Betrieb. Er darf und kann nicht bestehen, wenn seine Arbeit verlustbringend oder wenig rentabel ist. Deswegen braucht jede Genossenschaft eine lebensnotwendige wirtschaftlich vorteilhafte Produktionsstruktur. Dies ist die unverbrüchliche Regel, die Tätigkeitsnorm eines beliebigen genossenschaftlichen Betriebes, sei es ein Kolchos, eine Konsumgenossenschaft oder eine Genossenschaft für Warenproduktion und für Dienstleistungen. Das braucht man sich nicht vorübermäßiger Freiheit zu fürchten; Gewinn ist die Genossenschaft, so gewinnen wir alle. Damit die Genossenschaft lebt, müssen wir sehr effektiv arbeiten. Sonst wird sie Mittel weder für die Arbeitsentlohnung noch für ihre eigene Entwicklung haben. Denn der Staat trägt keine Verantwortung für die Tätigkeit beliebiger Arten von Genossenschaften.

Im Gesetzesentwurf ist in vollem

Maße das System der ökonomischen Hebel und Stimuli widergespiegelt, das auf die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Tätigkeit der Genossenschaften abzielt. Dazu gehören die Politik der Preisbildung, die festen, aber je nach den Arten der genossenschaftlichen Tätigkeit differenzierten Steuersätze, Kreditprozentätze und direkte staatliche Investitionen. Das ist schließlich das System staatlicher Aufträge, das die Genossenschaftler in erster Linie durch die Möglichkeit des garantierten Absatzes ihrer Erzeugnisse anspricht.

Bezüglich der Teilnahme der Genossenschaften an der Erfüllung staatlicher Aufträge beruht die Staatspolitik auf strikt freiwilliger Grundlage. Das bezieht sich auf alle Arten von Genossenschaften, darunter auch auf die Kolchöse. Ein solches Vorgehen, wo die Genossenschaften im Rahmen des Wettbewerbs und freiwillig die Erfüllung eines Staatsauftrags übernehmen, rechtfertigt sich vollständig. Der Redner berief sich auf die Erfahrungen der Genossenschaften, die im Bauwesen, in der Produktion von Baumaterialien und Erzeugnissen für Produktionszwecke arbeiten. Bei der Erfüllung des staatlichen Auftrages steigern sie die Arbeitsproduktivität auf zwei- bis dreifache. Entsprechend hoch sind auch die Verdienste der Genossenschaften. Dadurch erzielt man beiderseitigen Gewinn.

Für eine erfolgreiche Arbeit der Genossenschaften sind auch die entsprechenden Verfahrensweisen bei der Preisbildung notwendig. Bei der Ausarbeitung der Preispolitik im Rahmen der Kooperation muß man an seine eigenen Erfahrungen denken. Die eigennützige Einschränkung der Preishöhe führt zur schwerwiegenden Zuspitzung der Spekulations- und anderer negativer Erscheinungen auf dem Markt. Das Problem kann nur durch effektive Preisregelung gelöst werden. Einerseits — durch eine erzwungene, wirtschaftlich begründete Steuerpolitik. Andererseits — durch die umfassende Unterstützung einer gesunden Konkurrenz.

Unter den Verhältnissen der weitgehenden Entwicklung der Kooperation hängen die Preishöhen vor allem von den Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den Konsumenten ihrer Erzeugnisse auf dem Warenmarkt ab. Hier herrscht eine strikte Gesetzmäßigkeit. Denn eine Genossenschaft kann sich nicht normal entwickeln, wenn sie ihre Erzeugnisse verlustbringend realisiert. Zugleich wird auch der Kunde nicht den Preis zahlen wollen, der nicht den Gebrauchseigenschaften der Waren und seinen Einkünften entspricht. Kurzum, in den Prozeß der Preisbildung schaltet sich das Prinzip des Angebots und der Nachfrage ein, das die Interessen des Konsumenten und Produzenten von Erzeugnissen ausgleicht.

Das Leben hat gezeigt, daß die Verletzung dieses Prinzips und Voluntarismus bei der Preisbildung zur Hemmung der Produktionssteigerung führen. Dadurch bildet sich ein Defizit an einzelnen Waren, wird der Geldumlauf verletzt. Daher sind im Gesetzesentwurf den für den Markt arbeitenden Genossenschaften größere Rechte bei der Preisbildung gewährt.

Das Gesetz legt zugleich die Grenzen der Preisregulierung durch den Staat fest. Erstens werden zentralisierte Preise in Fällen festgesetzt, wenn der Kolchos oder eine andere Genossenschaft die Produktion zur Erfüllung des staatlichen Auftrages realisiert. Zweitens werden sie angewandt, wenn die Genossenschaft bei der Herstellung der Produktionsrohstoffe verbraucht, die ihr aus den staatlichen Ressourcen bereitgestellt werden. Und schließlich drittens müssen die Staatspreise grundlegend für die Bildung der Einzelhandelspreise beim Absatz von Erzeugnissen, die den Genossenschaften in zentralisierter Ordnung bereitgestellt werden.

Die Verbindung der streng vorgegebenen Preise mit denen, die frei festgesetzt werden, wird der Genossenschaft einen zusätzlichen Auftrieb geben zur Vergrößerung der Warenproduktion und der Dienstleistungen unter den Bedingungen der sozialistischen Konkurrenz. Das wird es ermöglichen, den Markt mit Erzeugnissen zu sättigen, die sich der größten Nachfrage erfreuen, und zugleich ein ökonomisch begründetes Preisniveau aufrechtzuerhalten. Anders gesagt, die Regelung der auf dem Markt eintreffenden Menge von Waren, die dem Bedarf der Bevölkerung entsprechen, ist ein effektives und stabiles Mittel zur Kontrolle der Preise.

Von tiefen demokratischen Positionen aus ist im Gesetzesentwurf die These über das Recht der Genossenschaften auf eine selbständige Verteilung der Einnahmen formuliert. Dieser demokratische Charakter des Wirtschaftsmechanismus äußert sich vor allem darin, daß das Niveau der Arbeitsentlohnung der Genossenschaften in vollem Maße von den erwirtschafteten Einnahmen und dem persönlichen Beitrag zum erzielten Endergebnis abhängen wird. Jeder bekommt hier nach seiner Leistung.

Gegenwärtig, im Anfangsstadium der Entwicklung neuer Genossenschaftsformen, gibt es auch

gewisse Übergriffe. Viel zu hoch sind mitunter die Verdienste besonders in den Genossenschaften, die im sogenannten Schattenbereich der Ökonomie, im Bereich der Mangelwaren, wirken. Sie werden in der Regel nicht durch besonders fleißige Arbeit und überhohe Arbeitsproduktivität erlangt, sondern durch die Ausnutzung der Marktlücken sowie der Unzulänglichkeiten im Handel und anderer Momente. Die Hauptursachen dieser Erscheinung sind der zu niedrige Sättigungsgrad des Marktes mit vielen Waren, die mangelhafte Beweglichkeit und ab und zu auch die Hilflosigkeit unseres Steuersystems. Eben in diesem Zusammenhang ist im Gesetzesentwurf eine Progressivsteuer für die Verdienste der Genossenschaftsmitglieder vorgesehen. Die flexible Steuerpolitik ist in den Händen des Staates ein zuverlässiger Regulator. Sie ermöglicht es, die Produktion stark gefragter Waren zu stimulieren, und die Produktion weniger gefragter Erzeugnisse zu reduzieren. Schon heute behaupten die erfahrenen Leiter der Genossenschaften, daß die Anwendung der progressiven Steuerskala für persönliche Verdienste sie veranlaßt, die Preise ihrer Waren auf dem Markt zu senken. Für das Gesamteinkommen der Genossenschaft sind relativ niedrige feste Steuersätze festgelegt. In Verbindung mit der progressiven Besteuerung des Verdienstes macht es vorteilhaft, den größten Teil der Einkünfte zur Erweiterung und Modernisierung der Produktion sowie zur Verbesserung der Erzeugnisse und für die sozialen Belange des Kollektivs bereitzustellen. Dadurch gewinnen in erster Linie die Genossenschaftsmitglieder. Aber auch die Qualität ihrer Erzeugnisse und deren Konkurrenzfähigkeit verbessern sich. Dazu beginnt man bekanntlich auch die Progressivsteuer erst von ziemlich hohen Verdiensten zu erheben.

Bei der Erörterung des angenommenen Systems der progressiven Besteuerung wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß dieses flexibel und differenzierter sein, die Spezifik und die Arten der Genossenschaften sowie die Preise der von ihnen hergestellten Erzeugnisse berücksichtigen muß. In der Tat: Wenn die Genossenschaft ihre Erzeugnisse realisiert oder Arbeit und Dienstleistungen für staatliche Preise verrichtet, ist es zweckmäßig, sie auf die gleiche Weise wie die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Betriebe zu besteuern. Diese und andere Vorschläge wurden bei der endgültigen Fassung des Gesetzesentwurfs nach dessen landesweiten Erörterung berücksichtigt.

Was die Bemerkungen hinsichtlich der Höhe der Steuersätze angeht, so werden unter Berücksichtigung von allerlei Veränderungen, der ständigen Analyse der Situation auf dem Waren- und Dienstleistungsmarkt sowie der Tätigkeit verschiedener Genossenschaftsarten Beschlüsse gefaßt werden, die den Interessen der Genossenschaftsbewegung und den Prinzipien der sozialistischen Gerechtigkeit in der Gesellschaft entsprechen.

Der Gesetzesentwurf enthält auch eine Reihe prinzipiell neuer Thesen bezüglich der Finanzen, der Verrechnungen und des Kreditwesens.

Von Grund auf verändern sich in erster Linie die Beziehungen der Genossenschaften zu den Banken. Sie werden jetzt nur auf vertraglicher Grundlage erfolgen. Zur Steigerung der Flexibilität und des operativen Charakters des Banksystems und der Effektivität der Kreditierung muß man entschlossen die Bildung von Verrechnungs- und Finanzzentren sowie nach wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitender Banken und kooperativer Versicherungsgenossenschaften in Angriff nehmen. Doch die Bank war und bleibt ein strenger Kontrolleur. Ihre Pflicht besteht darin, von Genossenschaften auch weiterhin eine strikte Erfüllung ihrer Verpflichtungen, ihr dem Haushalt sowie den Lieferanten gegenüber zu fordern. Hier herrscht ein strenges Prinzip. Wenn die Genossenschaft ihre Verpflichtungen bei den Verrechnungen verletzt, so kann sie als zahlungsunfähig erklärt werden, und es kommt zum Abbruch jeglicher Beziehungen zu ihr.

Der Gesetzesentwurf verankert die strenge Forderung an die Genossenschaft, für ihre Schulden mit ihrem Vermögen zu haften. Mit anderen Worten, es wird ihr Ausverkauf zugelassen — eine verlustbringende Genossenschaft hat kein Recht zu existieren, sie muß aufgelöst werden.

Das alles entspricht dem genossenschaftlichen Wesen der Wirtschaftsführung und den Prinzipien der Arbeit unter den Bedingungen der vollen Selbstständigkeit.

Die Ordnung der Nutzung von Finanzressourcen für die Entwicklung von Produktion und Sozialwesen wird bedeutend vereinfacht. Den Kolchosen und anderen Genossenschaften wurden zusätzliche Möglichkeiten zur Formierung ihres Besitzes geboten. Unter anderem haben sie nunmehr das Recht, für ihren Bedarf durch den Verkauf von Wertpapieren und Aktien die Ersparnisse der Genossenschaftsmitglieder und von Personen, die in Genossenschaften beschäftigt sind, sowie die Mittel von Betrieben

und Einrichtungen zu mobilisieren.

Der Redner berührte auch andere Fragen der Wirtschaftstätigkeit, wie die materiell-technische Versorgung von Genossenschaften, die Außenhandelstätigkeit, die Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den Umweltschutz, soziale Probleme, die staatliche Unterstützung von Genossenschaften. Er wies auf die spezifischen Besonderheiten der einzelnen Arten der Genossenschaften — der landwirtschaftlichen, der Konsum-, Produktions- und Dienstleistungsgenossenschaften — hin.

Die Grundprinzipien der Wirtschaftsführung in den Genossenschaften sind die logische Fortsetzung des neuen Herangehens an die Wirtschaftsführung, das in der allgemeinen Konzeption der Entwicklung des Sozialismus in der gegenwärtigen Etappe enthalten ist. Wir müssen heute immer deutlicher einsehen, sagte der Redner, daß wir uns mit der Vertiefung der Wirtschaftsreform der Demokratisierungsprozesse in der Volkswirtschaft immer mehr der Formierung eines neuen Wirtschaftsmodells des sozialistischen Systems der Wirtschaftsführung annähern. Seine Umrisse zeichnen sich bereits ab.

Diese wird von folgenden wichtigen Kennzeichen charakterisiert: Erstens durch das Vorhandensein von engen Wechselbeziehungen verschiedener Eigentumsformen des staatlichen, genossenschaftlichen, individuellen Eigentums sowie des Eigentums von gesellschaftlichen Organisationen;

zweitens durch die neuen Richtungen bei der Nutzung des staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums auf der Grundlage einer breiten Entwicklung von Pachtverhältnissen, bei denen die wirtschaftliche Rechnungsführung angewandt werden kann. Dabei wird der Staat unter Beibehaltung seines Rechts auf das Eigentum an Produktionsmitteln, einschließlich an Naturressourcen, einen Teil davon zur Nutzung durch die Kollektive der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe auf Pachtvertragsbasis abgeben, und zwar vorrangig an mittlere und kleinere Betriebe;

drittens werden die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe als sozialistische Warenproduzenten wirtschaftlich vollständig selbständig sein und die materielle Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Tätigkeit unmittelbar tragen. Sie formieren ihren Besitz und entwickeln die Produktion mit Hilfe der eigenen Einkünfte. Ihre Beziehungen zum Staat werden mit Hilfe ökonomischer Mittel geregelt: durch Normative, Steuern, Renten- und Pachtzahlungen;

viertens schließlich kommen unter den Bedingungen der Vielfalt der ökonomischen Wirtschaftsführung als grundlegende Wechselbeziehungen zwischen den Produzenten und Verbrauchern die Ware-Geld-Beziehungen zur Geltung, die sich organisch mit den neuen Methoden der zentralisierten Leitung der Volkswirtschaft zu einem einheitlichen Ganzen verbinden.

Kurz, wir werden uns folgerichtig und unbeirrt in Richtung des neuen Leistungsmodells bewegen. Dessen grundlegenden Wesenszüge charakterisieren die sozialistische Wirtschaft als eine planmäßig organisierte sozialistische Warenproduktion, deren höchstes soziales Ziel die ständige Erhöhung des Volkswohstandes und die Prägung der Lebensweise der sowjetischen Menschen im Einklang mit ihren Bedürfnissen, materiellen und geistigen Interessen ist.

Das ist eine Wirtschaft, in welcher der Staat mit Hilfe der Instrumente des sozialistischen Marktes die Eigenentwicklung der Produzenten, ihre Orientierung auf die Verbraucher, auf hohe Effektivität und Qualität allseitig stimuliert.

Dabei ist natürlich ein geplanter und organisierter Markt gemeint, der antagonistische Züge, die für individuelles Unternehmertum typisch sind, ausschließt. Der wirtschaftliche Wettbewerb der Warenproduzenten muß zum Wesen der sozialistischen Marktverhältnisse werden, und der Markt muß zur Triebkraft und zu einer effektiven Form der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion werden, andernfalls verliert er seinen realen Sinn.

Zur wichtigsten Wettbewerbsform wird die sozialistische Konkurrenz. Sie muß dazu anregen, die Möglichkeiten des ökonomischen und technischen Fortschritts zu nutzen. Monopol Tendenzen Widerstand zu leisten. Und im Endergebnis werden die Verbilligung und Qualitätsverbesserung der Waren und Dienstleistungen, die Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion werden gezwungen sein, dies für die Absicherung der Stabilität ihrer Marktlage zu erreichen. Die Konkurrenz erhöht auf diese Art die Wirksamkeit des gesamten sozialistischen Wirtschaftsmechanismus, aktiviert seine inneren Triebkräfte. Sie entspricht vollständig den edlen Zielen des Sozialismus. Der Bedarf der sowjetischen Menschen an verschiedenen Waren hoher Güteklasse wird schneller und vollständiger gedeckt, der Wohlstand des Volkes und der ganzen Gesellschaft wird steigen, die Macht des Staates wird festigt.

Die Schaffung von Bedingungen für die sozialistische Konkurrenz, für ihre allseitige Entwicklung ist daher eine der größten ökonomischen und sozialen Aufgaben in der gegenwärtigen Etappe. In dieser Richtung wurde ein entscheidender Schritt nach vorn getan. Durch die Entfaltung der genossenschaftlichen Produktion taucht in Form der Genossenschaften ein mächtiger Konkurrent für den staatlichen Sektor und für die Sphäre der individuellen Erwerbstätigkeit auf. Das ist ein wichtiges Moment in der Entwicklung der sozialistischen Konkurrenz. Mit der Annahme des Gesetzes über die Genossenschaften werden deren Prinzipien gesetzlich untermauert.

Viel Aufmerksamkeit schenkte N. I. Ryshkow den Problemen der Festigung und Entwicklung der genossenschaftlichen Grundlagen in der Kolchosbewegung. Die mit der Entwicklung der Kooperation verbundenen radikalen Veränderungen in der Ökonomie unseres Landes, sagte er, müssen zu durchgreifenden Wandlungen vor allem in einem solchen lebenswichtigen Bereich führen wie die Landwirtschaft. Sie befindet sich auf der Spitze der strategischen Linie der Partei, die auf die Hebung des Volkswohstandes zielt. Da ist jetzt ein besonders komplizierter Problemerknoten konzentriert.

In den letzten Jahren wurde so manches für die Festigung der Produktionsbasis der Kolchos getan. Zugleich bleibt der Effekt durch das entstandene Potential in vielen von ihnen noch niedrig. Nur zögernd erhöht sich die Leistung der Felder und Farmen. Die Schulden der Kolchos an die Bank belaufen sich auf beträchtliche Summen. Das unbefriedigende Verhältnis zwischen den zugewiesenen Mitteln und Ergebnissen versetzt die Ökonomie unseres Landes in eine komplizierte Lage. In vielem ist das eine Folge der Untergrabung, der Mißachtung der wichtigsten Prinzipien der Kooperation. Sie ins Leben zurückzurufen bedeutet, die Hauptaufgabe der weiteren Entwicklung der Kolchosordnung zu erfüllen und sein Scheitern zur Umgestaltung beizutreten.

Der Hauptzinn des Gesetzes über die Kooperation ist, die schöpferischen Möglichkeiten der Kolchosbauernschaft zu erschließen, solche Bedingungen und Garantien zu schaffen, die sie veranlassen würden, die Ergiebigkeit der Felder, die Effektivität der Viehwirtschaft konsequent zu steigern, und die Lösung sozialer Probleme des Dorfes gewährleisten würden. Vor allem geht es darum, die traditionsgemäß entstandenen untauglichen Leitungsmethoden abzuschaffen, den Kolchos ihren genossenschaftlichen Charakter zurückzuerstatten und die Kolchosdemokratie wiederherzustellen.

Aufgehoben werden die Einschränkungen bei der Wahl der Produktionsstruktur. Den Kolchosen wurde das Recht eingeräumt, sich neben der Landwirtschaft beliebige andere Arten von Tätigkeit zu betreiben, einschließlich der Verarbeitung von Erzeugnissen, der Produktion von Konsumgütern und Industrieerzeugnissen, des Handels und der Erweisung verschiedener Dienste. Bei der Organisation der Produktion wird aber die Kooperation, der Pacht-, Kollektiv- und Familienleistungsvertrag bevorzugt.

Die Arbeitskollektive bekommen jetzt das Recht auf eine langfristige Verpachtung von Landstücken und Grundfonds. Mehr noch, die Kolchos und Sowchose sind imstande, ihnen auf Vertragsgrundlage die Möglichkeit zu bieten, die Erzeugnisse selbstständig zu realisieren, die übrigen ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen nach eigenem Ermessen zu nutzen, ein Konto in der Bank oder im Finanz- und Verrechnungszentrum zu eröffnen. Es kommt zum Hinüberwachsen des Kolchos oder Sowchos in eine Genossenschaft, die aus Grundgenossenschaften besteht. Kolossale Möglichkeiten bieten sich auch für die Schaffung von Genossenschaften für Produktionsverarbeitende, für landwirtschaftliche Gewerbe, für produktionstechnische und agrochemische Betreuung, für Verleih von Land- und anderer Technik, für gemeinsame Führung, individueller Nebenwirtschaften und anderer. Die vielfältigen Formen der Kooperation ermöglichen es, rationelle Strukturen der Agrar-Industrie-Produktion herauszubilden.

Die Kolchos sind ein wichtiger Bestandteil des Agrar-Industrie-Komplexes unseres Landes, sie sind durch viele Fäden mit allen seinen Struktureinheiten verbunden. Es besteht eine objektive Notwendigkeit und ein direkter Vorteil des Eintrages von Kolchos in verschiedene zwischenbetriebliche Vereinigungen. Auch hier, sagte der Redner, muß man auf die Gewohnheit verzichten, solche Vereinigungen auf dem Verwaltungswege einzuführen. Die Kolchos müssen selbst entscheiden, ob sie der Vereinigung beitreten oder nicht. Sie müssen selbst sowohl den wirtschaftlichen Nutzen für den Betrieb als auch die gesellschaftliche Notwendigkeit erwägen.

Auf dem IV. Unionskongreß der Kolchosbauern sowie in zahlreichen Zuschriften und Publikationen wurde die Frage aufgewor-

(Schluß S. 3)

Zur Rolle der Kooperation in der Entwicklung der Wirtschaft des Landes und zum Entwurf des Gesetzes über die Kooperation in der UdSSR

(Schluß)

fen, die Rechte der Kolchase bei der Planung des Verkaufs von Agrarerzeugnissen genauer festzulegen.

Es wurden Befürchtungen geäußert, daß der staatliche Auftrag, der von oben aufgezungen wird, durchaus in einen staatlichen Befehl umschlagen kann. In der jetzt geänderten Fassung des Entwurfs werden die Beziehungen der Kolchase mit den Betrieben und Organisationen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse erfassen und verarbeiten, anders festgelegt — die Agrarbetriebe schließen auf freiwilliger Grundlage Verträge mit den Erfassern und Verarbeitern für den Absatz ihrer Produktion ab. Sie können diese auch nach eigenem Gutdünken an andere Abnehmer und auf den Kolchosmärkten realisieren.

Was den staatlichen Auftrag betrifft, so müssen jene Betriebe und Organisationen, denen er erteilt wurde, auf solche Weise mit dem Kolchos zusammenarbeiten, damit er stimuliert wird, ihnen eine Produktion zu verkaufen. Diese Stimulierung wird durch das Preissystem, durch die Gewährleistung eines garantierten Absatzes der Erzeugnisse, durch die Zuteilung materiell-technischer Ressourcen in erforderlichen Mengen und durch andere Wirtschaftsmethoden verwirklicht. Ich bin der Ansicht, unterstrich N. I. Ryschkow, daß sich eine Präzisierung von den Deputierten unterstützt werden wird.

Eine besondere Rolle kommt im System der ökonomischen Beziehungen zwischen den staatlichen Betrieben und Kolchosen der Bildung von Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu. Hier haben sich viele Probleme angehäuft. Das Preissystem muß in der Tat das Niveau der gesellschaftlich notwendigen Produktionskosten widerspiegeln und Bedingungen für einen äquivalenten Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen schaffen. Begründete Preise bilden zugleich eine zuverlässige ökonomische Grundlage für eine rationelle Standortverteilung der landwirtschaftlichen Produktion nach natürlichen Klimazonen des Landes.

Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Schaffung von spezialisierten Zonen liegt auf der

Hand. Auch die ökonomischen Forderungen sind bekannt. Es ist erforderlich, daß die Preise für die wichtigsten Waren die Produktionskosten der Kolchase und Sowchase, die unter verhältnismäßig schlechteren Bedingungen jeder solcher Zonen wirtschaften, decken würden. Zugleich müssen die Agrarbetriebe in den klimatisch besseren Zonen Abführungen in Form von Rente beisteuern. Die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion nach Zonen ist die Hauptfrage in der Tätigkeit der Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR und der Unionsrepubliken. Von der richtigen und objektiven Lösung dieser Frage wird in hohem Maße die Effektivität des ökonomischen Mechanismus der Wirtschaftsführung abhängen. Gerade von diesem Standpunkt aus müssen wir an die Vervollkommnung der Aufkaufspreise herangehen.

Auf die Prinzipien der Einkommensverteilung in den Kolchos eingehend, betonte der Redner, daß der gegenwärtige Wirtschaftsmechanismus die Bildung des Lohnfonds in einem Direktverhältnis vom Niveau der Kolchaseinkünfte vorsieht. Auf der Grundlage der vollen wirtschaftlichen Rechnungslegung und Selbstfinanzierung arbeitend, sind die Kolchase verpflichtet, bei der Gewinnverteilung ihre Bedürfnisse mit den bestehenden Möglichkeiten abzustimmen. Die Summe der Arbeitsentlohnung in 3 000 Kolchosen übertrifft heute sogar deren Bruttoeinkommen. Der Staat verfügt nicht über die Möglichkeit, ein Leben über die Verhältnisse zu stimulieren und den Schaden der Mißwirtschaft zu decken. So sieht die Realität der Umgestaltung aus. So ist das mit Bestimmtheit im Entwurf verzeichnet.

Kein Wirtschaftsmechanismus an und für sich wird von selbst hohen Gewinn einbringen, wenn nicht ein sorgsames, haushälterisches Verhalten zum Boden — dem Hauptproduktionsmittel in Landwirtschaft — gesichert wird. Damit der Boden effektiv dient, ist vom neuen Gesetz dessen Pacht gestattet. Als in unserer Presse die ersten Mitteilungen über den Pachtvertrag als das Hauptmittel zur Förderung des Interesses der Ackerbauern für die Ergebnisse ihrer Arbeit erschienen, wurden mancherorts Warnungen hörbar: Die Boden-

pacht sei mit unserer Agrarpolitik unvereinbar und untergrabe fast die Grundlagen des Sozialismus.

Der Redner erinnerte im Zusammenhang damit, daß die Bodenpacht von der Partei und vom Sowjetstaat nicht verworfen wurde. Im Gegenteil, bis Ende der 20er Jahre wurde sie reell angewandt und spielte eine positive Rolle nicht nur bei der Wiederherstellung des Ackerbaus in Rußland, sondern auch bei der wesentlichen Steigerung der Effektivität der Bodennutzung. Gegenwärtig gibt es keine dringenderen Aufgaben als die Gewährleistung der Unversehrtheit des Bodens, die Erhöhung seiner Fruchtbarkeit, seine haushälterische rationelle Nutzung in beliebigen Formen, darunter auch über den Pachtvertrag. Hauptsache ist, daß das Acker- und das Kulturland dem Bauer und dem Staat den größtmöglichen Nutzen bringen und nicht nur der heutigen Generation, sondern auch unseren Enkeln und Urenkeln dienen.

Die landwirtschaftliche Kooperation kann auch ein so wichtiges Gebiet, wie die individuellen Nebenwirtschaften nicht außer acht lassen. Hier ist gegenwärtig eine Belebung spürbar. Der Entwurf eröffnet auf diesem Weg neue breite Möglichkeiten. Jetzt kann man den Menschen Boden auf Grund von vertraglichen Vereinbarungen zur Verfügung stellen, ihnen bei der Verarbeitung helfen, sie mit Samen, Futter, Jungvieh versorgen und andere Dienste erweisen. Solche Arbeiten machen sich durch die zusätzliche Produktion bezahlt.

Der Redner zog das Fazit der Entwicklung der genossenschaftlichen Grundlagen in der Kolchosbewegung und hob hervor, daß nicht nur der Abschnitt über die landwirtschaftliche Kooperation, sondern auch alle anderen Bestimmungen des neuen Gesetzes in vollem Umfang auch auf die Kolchase und anderen Genossenschaften auf dem Lande zutreffen.

Die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften erhält einen vollkommen neuen Inhalt. Am Beispiel dieser im Lande ältesten Sphäre der genossenschaftlichen Tätigkeit zeigte der Redner sämtliche verderbbringende Folgen der Abweichungen von den Leninischen Lehren von der Koö-

peration. Diese Abweichungen bestehen in deren direkten Verstaatlichung, im Abbruch der natürlichen Verbindungen der Genossenschaften und ihrer gewählten Organe mit der millionenstarken Armee der Mitglieder, die heute praktisch vollständig der Möglichkeit einer aktiven Teilnahme an den Angelegenheiten der Genossenschaft beraubt sind. Anders gesagt, die Konsumgenossenschaften waren keine selbstständigen Organisationen der Werktätigen mehr.

Der Redner analysierte die Mängel in der Tätigkeit der Konsumgenossenschaften und stellte fest, daß viele Paragraphen des Gesetzes auf die „Befreiung“ der Konsumgenossenschaften, die Gewährleistung ihrer Entwicklung auf der Grundlage der vollständigen Selbständigkeit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Eigenfinanzierung gerichtet sind. Jetzt ist die praktische Arbeit wichtig zur Wiederherstellung der Konsumgenossenschaftsverbände, sagte er. Sie muß mit der Überprüfung und der grundlegenden Veränderung ihrer Rechte und Funktionen und ebenso der Rechte und Funktionen der Konsumgenossenschaftsverbände der Gebiete, Regionen, Republiken und des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften der UdSSR, der Umgestaltung ihrer Wechselbeziehungen beginnen. Besonders wichtig ist die vollständige Ausmerzung der Einmischung von höhergestellten Verbänden in die Tätigkeit der Grundelemente des Systems des Anordnens und der kleinteiligen Bevormundung, des Hineinadministrierens in die Arbeit der Organe der genossenschaftlichen Selbstverwaltung.

Alle Fragen der Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft müssen von den Grundorganisationen selbst, von Genossenschaftsmitgliedern, von ihren Vollversammlungen, ihren gewählten Vollzugs- und Verfügungsorganen entschieden werden — alles natürlich auf der Basis der Wirtschaftsmethoden und vertraglichen Beziehungen. Das Gesetz schafft dafür zuverlässige Rechtsgrundlagen und -garantien.

Die Konsumgenossenschaft mit ihren neuen Möglichkeiten, die das Gesetz eröffnet, kann und muß einen wesentlichen Beitrag

zur Lösung des Lebensmittelproblems und der Verbesserung der Dienstleistungen für die Bevölkerung bringen.

Auf die Probleme der Kooperation im Produktions- und Dienstleistungsbereich eingehend, hob N. I. Ryschkow die ungeheure Wichtigkeit dieser Richtung in der Genossenschaftsbewegung hervor. Ein breites Netz von Genossenschaften kann in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Wirtschaftssektor innerhalb kurzer Frist die Kluft zwischen dem Bedarf und dem Angebot beseitigen. Auch bei der Produktion vieler Erzeugnisse für Produktions- und technische Zwecke, im Bauwesen, bei der Anfertigung wissenschaftsintensiver Erzeugnisse in Kleinerien ist die Rolle der Genossenschaften groß. Für Großbetriebe ist das unzweckmäßig, aber für Genossenschaften entsteht dabei ein bestimmter Nutzen.

Die Schaffung von Kooperativen ist kein Selbstzweck, sondern ein gewichtiges Mittel zur Sättigung des Marktes mit Waren und Dienstleistungen und in der Folge auch zur Verringerung der Preise. Aber das kann nur bei Vorhandensein einer großen Zahl von Genossenschaften, die untereinander konkurrieren, erreicht werden. Gleichzeitig zeigt die Praxis, daß es oft sehr schwierig ist, eine Genossenschaft zu gründen und noch mehr, seine Arbeit zu organisieren. Sogar in Moskau, das in der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung den Ton angeben sollte, haben viele Bezirks- und Stadtelemente lange nicht ihr Bestes getan und tun es auch nicht, um die neugegründeten Genossenschaften mit Räumlichkeiten zu versorgen, sie erweisen ihnen nicht die nötige Hilfe bei der Anschaffung von Rohstoffen, Materialien und Ausrüstungen. Nur etwas mehr als die Hälfte der Genossenschaften Moskaus, die ihre Statute registriert haben, sind an die Arbeit gegangen.

Völlig vernachlässigt ist die Organisation der Genossenschaften für die Produktion von Waren und Dienstleistungen auf dem Lande und in kleineren Städten. Es ist schwer, das tatsächlich ernsthaft zu rechtfertigen. Es liegt wohl am Mißtrauen der örtlichen Organe gegenüber

den neuen Arten der Wirtschaftstätigkeit.

Immer größere Aktualität gewinnen in den Städten und auch auf dem Lande die materielle Versorgung der Genossenschaften. Heute muß man ihnen vor allem die reelle Möglichkeit bieten, die von den staatlichen Betrieben angelegten kolossalen Vorräte verschiedener materieller Werte zu nutzen. Eine große Hilfe müssen den Genossenschaften die Organe des Staatlichen Komitees der UdSSR für materielle Versorgung erweisen. Sie müssen handeln lernen, tatkräftig sein, operativ Ressourcen ermitteln, die Informationen über die Überschüsse von Rohstoffen, Materialien und Nutzgütern in Betrieben organisieren sowie ständige Verkaufsausstellungen dieser Waren veranstalten.

Die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten sind berufen, die Entwicklung des genossenschaftlichen Wirtschaftssektors anzuleiten und ihn in ein mächtiges Mittel des sozialistischen Aufbaus zu verwandeln. Die Rechte und Möglichkeiten des repräsentativsten Organs der Volksherrschaft wahrnehmend, sind gerade sie verpflichtet, der Kooperation wahren Massencharakter zu verleihen, der unsere Kräfte in den Hauptrichtungen der Umgestaltung mehr.

Der Neueregeist des neuen Gesetzes ist unvereinbar mit Schablonen verschiedener Art, mit kampagnemäßigem Vorgehen, mit Gedanken- und Handlungsstarre. Hauptsache ist, es von Anfang an nicht zuzulassen, daß der lebendige, in Entwicklung begriffene Organismus der Genossenschaftsbewegung im Sumpf des Bürokratismus versinkt. Es ist eine exakte, allseitig durchdachte Organisation der gesamten Arbeit notwendig. In den Vordergrund wird die Gründung von Genossenschaften gerückt, die vor allem die Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren, die Deckung des Bedarfs an Dienst- und sonstigen Leistungen in unserer Region verbessern könnten.

Das Genossenschaftswesen ist fähig, hervorragend zur Auffüllung des Lebensmittelfonds beizutragen. Es gilt, neben den Kolchosen sämtliche Arten von landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften zur Lösung dieses Problems heranzuziehen. Nur

mit Hilfe der Sowjets werden die Genossenschaften in kurzer Zeit spanne einen ansehnlichen Platz in der Wirtschaft jedes Rayons, jeder Stadt, jedes Gebiets, jeder Region und Republik einnehmen können.

Der Erfolg wird in hohem Maße auch von den aufeinander abgestimmten und energiegelassen Handlungen sämtlicher Einheiten der Staatsleitung abhängen. Ihre Bemühungen müssen auf die größtmögliche Förderung der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung im Interesse des ganzen Volkes abzielen.

Es wird beabsichtigt, das Gesetz über die Kooperation ab 1. Juli 1988 in Kraft zu setzen. Die Zeit ist äußerst knapp bemessen, betonte der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR. Eine unerlässliche Bedingung für die rechtzeitige Inkraftsetzung des neuen Gesetzes ist die Revision einer Reihe wichtiger Gesetzgebungsakte. Gemeint sind die Grundlagen der Zivil- und der Bodengesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken.

Der Aufstieg des Genossenschaftswesens ist Gegenstand besonderer Fürsorge der Ministerräte der Unionsrepubliken. Es ist wichtig, die Sache so zu organisieren, um bei aktivem Beistand dem Genossenschaftswesen und gestützt auf seine Vorzüge, konsequent und beharrlich die Aufgabe der komplexen Entwicklung jeder Region und Republik insgesamt zu lösen. Das ist der wichtigste Weg zur Selbstversorgung, Eigenwirtschaftung, Bilanziertheit der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung in der Region. Auch die zweigebundenen Leitungsorgane müssen das Potential des Genossenschaftswesens in vollem Maße erschließen.

Diese Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, sagte zum Schluß N. I. Ryschkow, findet in einer für das Land sehr verantwortlichen Periode, an einer steilen Wende in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft statt. Das Gesetz über die Kooperation ist vom Geist dieser für die Geschichte des Vaterlandes historischen Zeit durchdrungen. Das Gesetz in den Dienst des Volkes zu stellen, bedeutet, mit noch größerem Eifer für dessen Wohl, im Namen unserer hohen Ideale zu arbeiten. (Anhaltender Beifall).

(TASS)

Die Kooperation — ein mächtiger Hebel der Umgestaltung

(Schluß)

Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Unionsbestanden und R. Ch. Chabibullin, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Baschkiriens zu Mitgliedern des Baschkiriens des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen.

Das Genossen, wären die Vorschläge über die Änderungen der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, die dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung vorgelegt werden.

Die Deputierten P. Chabibullajew, S. K. Kamalidenow und W. S. Astraschaw wurden einstimmig zu stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt. Die Deputierten R. O. Nischanow, S. Mukaschew und R. B. I. Songalla wurden ihrer Obliegenheiten als stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR entbunden.

Die Deputierten L. N. Saikow, R. N. Nischanow und R. Ch. Chabibullin wurden einstimmig zu Mitgliedern des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt. Die Deputierten B. N. Jelzin und I. B. Usmanchodschajew wurden ihrer Obliegenheiten als Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR entbunden.

Den Bericht zur Rolle der Genossenschaften bei der Entwicklung der Wirtschaft des Landes und zum Entwurf des Gesetzes über die Kooperation der UdSSR erstattete der Deputierte

N. I. Ryschkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

Das Wort zum Korreferat der Ständigen Kommissionen der Kammern bezüglich des Entwurfs des Gesetzes über die Kooperation in der UdSSR ergriff der Vorsitzende der Kommission für den Agrar-Industrie-Komplex des Unionsowjets A. F. Ponomarjow.

Er teilte mit, daß es nach Meinung der Deputierten notwendig wäre, neben den im Entwurf widerspiegelten Vorschlägen eine weitere Reihe von Ergänzungen und Veränderungen vorzunehmen. Es wird vorgeschlagen, in den Entwurf vier Artikel — über die genossenschaftliche Gesetzgebung, über die Einstellung der Tätigkeit der Genossenschaften, über die soziale Entwicklung der Genossenschaften und über die Fischfangkolchase aufzunehmen sowie einzelne Ergänzungen und Änderungen in 17 andere Artikel des Entwurfs hineinzubringen.

Der Redner sagte, daß die Kommissionen bei der Erörterung des Dokuments von folgenden Forderungen ausgingen. Das Gesetz muß erstens maximal günstige Bedingungen zur Entwicklung der Genossenschaften schaffen. Zweitens sind ausreichende Garantien für die Rechte und Interessen der Konsumenten der Erzeugnisse der Genossenschaften und der ganzen Gesellschaft vorzusehen. Drittens ist die erforderliche Zusammenarbeit des

Staates und des Genossenschaftswesens in sämtlichen Aspekten einschließlich der Hilfeleistung für die Genossenschaften durch staatliche Betriebe und örtliche Sowjets der Volksdeputierten zu verankern.

Ihrem Wesen nach wird die Kooperation zu einem Versuchsbereich, zur Präzisierung der ökonomischen Leitungsmethoden und des Mechanismus der sozialistischen Wirtschaftsführung. Man darf behaupten, daß ihr gewaltiges Potential der Umgestaltung zu dienen beginnt. Die Erörterung des Entwurfs erleuchtete die eindeutige Einstellung zur Kooperation in verschiedenen Schichten unserer Gesellschaft, die Schwierigkeiten und Widersprüche der Genossenschaftsbewegung aus, ermittelte einen Kreis von Fragen, von deren Lösung in vielem die Geschicke der Kooperation abhängen. Der Redner unterstrich, daß auf den Sitzungen der Kommissionen besonders nachdrücklich betont wurde, daß das Gesetz, so gut es auch sein möchte, nur auf Papier bleiben kann, wenn seine praktische Verwirklichung nicht gewährleistet wird. Zur Seele und zur Triebkraft der Genossenschaft müssen die Sowjets der Volksdeputierten werden.

Der Korreferent teilte mit, daß die Deputierten bei der Erörterung des Entwurfs die Frage aufgeworfen haben, ob es notwendig sei, die soziale Gerechtigkeit gegenüber den Kolchosbauern zu gewährleisten und die Festsetzung und Höhe der Renten

für sie den Renten für Arbeiter und Angestellte gleichzustellen. Darüber sprach man erstlich auch auf dem IV. Unionskongreß der Kolchosbauern. Die Regierung muß die Möglichkeit einer raschen Lösung dieses Problems ermitteln, ohne sie bis zur Verabschiedung des Rentengesetzes aufzuschieben, und müssen entsprechende Vorschläge in den Obersten Sowjet der UdSSR einbringen.

Es trafen viele Vorschläge über die Schaffung eines Presseorgans ein, das die Probleme der Kooperation beleuchten würde. Die Kommissionen sind der Meinung, daß diese Vorschläge zu berücksichtigen sind, und daß sie zur Durchführung des Gesetzes beitragen werden.

Der Redner meinte, daß die Massenmedien ihre Einstellung zur Beleuchtung der Tätigkeit des sowjetischen Parlaments ändern müssen. Für das Volk wird es selbstverständlich interessant sein zu wissen, was die Deputierten sonst noch taten, außer daß sie für das Gesetz stimmten. Es wäre richtig, wenn sich auch das Fernsehen nicht allein das Äußere des Sitzungsraums zeigen und wenigstens die interessantesten Ansprachen oder einzelne Fragmente daraus bringen würde.

Abschließend sagte der Redner, daß die Kommissionen den Vorschlag machen, das Gesetz der UdSSR „Über die Kooperation in der UdSSR“ und die eingebrachten Korrekturen und Ergänzungen, zusammengefaßt in der vorgelegten Begutachtung, zu verabschieden, und daß sie die Vorschläge der Regierung über das Inkrafttreten dieses Gesetzes ab 1. Juli 1989 unterstützen.

Damit schloß die gemeinsame Sitzung der Kammern ihre Arbeit ab.

(TASS)

Sitzung der außenpolitischen Kommissionen des Obersten Sowjets der UdSSR

Die außenpolitischen Kommissionen der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR sind am 23. Mai im Kremel zusammengetreten, um die Erörterung des von M. S. Gorbatschow und R. Reagan im Dezember vergangenen Jahres unterzeichneten Vertrages über die Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite fortzusetzen.

Der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission des Unionsowjets, J. K. Ligatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, informierte die Anwesenden über das Plenum des ZK der KPdSU, das am Montag stattgefunden hatte. Es gibt allen Grund zu sagen, daß das Plenum eine Plattform ausgearbeitet hat, mit der die Partei ihrer Unionskonferenz entgegen schreitet, sagte er. In den Thesen werden die dreijährigen Erfahrungen der Arbeit der Par-

te nach dem Appellium des Zentralkomitees ausführlich analysiert und eine ganze Reihe von wichtigen Vorschlägen unterbreitet, die mit der Verwirklichung der Umgestaltungspolitik und der Erneuerung unserer Gesellschaft, mit der Realisierung der Wirtschaftsreform, der Entwicklung der Demokratisierung und der Offenheit sowie mit der Schaffung einer gesunden gesellschaftlich-politischen Atmosphäre verbunden sind. Kurzum, es sind wichtige Beschlüsse gefaßt worden.

Bei der Erörterung der außenpolitischen Aspekte der Tätigkeit der Partei wurde all das eingeschätzt, was sie jetzt für die Schaffung eines Systems der umfassenden Sicherheit und für die Festigung des Weltfriedens unternimmt, sagte J. K. Ligatschow. Heute sollen wir eben die Erörterung eines der wichtigsten Probleme fortsetzen, nämlich der

Frage, die mit der Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages verbunden ist.

Der Vorsitzende der Vorbereitungsmission, eines Arbeitsorgans der außenpolitischen Kommissionen, G. W. Kornijenko, kommentierte den von ihr vorgelegten Bericht. Dort sind die Standpunkte von Vertretern der sozialistischen Länder, die von dem Vertrag unmittelbar betroffen sind, nämlich der DDR und der CSSR, sowie der ausländischen Öffentlichkeit berücksichtigt. Der wichtigste Orientierungspunkt bei der Einschätzung des Vertrages war dessen strikte Übereinstimmung mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit für die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsstaaten einerseits und für die USA und ihre NATO-Verbündeten andererseits.

Der Vertrag über die Beseitigung der Raketen mittlerer und

kürzerer Reichweite ist eine qualitativ neue Stufe im Kampf für die Beseitigung der nuklearen Gefahr. Seine Realisierung wird bedeuten, daß aus der nuklearen Kette, die um die Erde gelegt wurde, zwei Glieder herausgerissen werden, daß die Kette gesprengt wird, was Bedingungen dafür schaffen wird, um auch weitere Glieder abzubrechen, bis sie völlig beseitigt ist.

Ausgehend von dem Gesagten, empfiehlt die Kommission in ihrem Bericht den außenpolitischen Kommissionen, dem Präsidium des Obersten Sowjets ein positiv Gutachten hinsichtlich der Ratifizierung des Vertrages zu geben, erklärte G. W. Kornijenko.

Der Sekretär des ZK der KPdSU A. F. Dobrynin, Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission des Nationalitätenowjets, betonte, daß der Vertrag über die Beseitigung von zwei Klassen von Kernraketen ein erster realer Schritt auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ist.

(TASS)

Panorama Vor einem bedeutenden Ereignis

Die Treffen führender Persönlichkeiten der USA und der UdSSR seien stets wichtig für alle Aspekte der bilateralen Beziehungen und böten die Möglichkeit, sie in alle Richtungen zu entwickeln, sagte der Leiter des Stabs des Weißen Hauses, Howard Baker, in einem Programm der Fernsehgesellschaft CNN.

„Nach meiner Meinung wird dieses Gipfeltreffen ebenso wie die drei vorherigen bedeutsam sein“, betonte Baker. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Präsident R. Reagan und General-

sekretär M. S. Gorbatschow die Dokumente über die Ratifizierung des INF-Vertrages austauschen werden.

Auf die Frage, ob der Präsident irgendeine Hoffnung habe, daß bei dem Treffen ein wesentlicher Fortschritt hinsichtlich eines Abkommens über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen erreicht werde, sagte Baker: „Er hofft natürlich darauf. Es ist ganz sicher, daß unsere ständigen Bemühungen um einen Fortschritt auf dem Gebiet der strategischen Offensivwaffen ein



Die Republik Südafrika führt gegen Mocambique einen unerklärten Krieg mit Hilfe der sogenannten Mocambiqueans nationalen Widerstandsbewegung. Die Sünder, die in Südafrika ausgebildet und dann nach Mocambique geschickt werden, gehen vor allem gegen die Zivilbevölkerung vor und richten ihre Terroraktionen gegen bewohnte Orte, in denen keine Militärgarnisonen vorhanden sind. Sie ermorden waffenlose Bauern oder machen sie zu Krüppeln, verwüsten deren Wirtschaften, stecken ihre Häuser, Schulen und Krankenhäuser in Brand. Die Bewohner sind gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen und in große Städte zu flüchten. Über 300 000 Bürger der Republik befinden sich gegenwärtig in den Nachbarländern.

Unser Bild: Im Zentrum für Flüchtlingshilfe der Provinz Sambesi, die am meisten durch die Terroristen geschädigt worden ist.

Foto: TASS

Wirtschaftsbeziehungen werden ausgebaut

Eine Konzeption der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der Republik Kuba für die kommenden 15 bis 20 Jahre und ein Abkommen über direkte Produktions- und wissenschaftlich-technische Beziehungen zwischen den Verbänden, Betrieben und Organisationen der UdSSR und der Republik Kuba sind dieser Tage in Havanna unterzeichnet worden.

Die Arbeit an diesen Dokumenten wurde auf der 18. Tagung der sowjetisch-kubanischen Regie-

rungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abgeschlossen, die vom 16. bis 20. Mai in Havanna stattfand. Die Delegationen wurden geleitet von W. Kamenzew, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Außenpolitischen Kommission des Ministerrates der UdSSR, und Carlos Raphael Rodriguez, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Kubas und Stellvertreter des Vorsitzenden des Staats- und des Ministerrates der Republik Kuba.

Hauptpunkt der Tagesordnung des Treffens sein werden.

Der Leiter des Stabs des Weißen Hauses wies ferner darauf hin, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ein „Arsenal von nuklearen Rüstungen besitzen, die die Menschheit vernichten können.“

Baker teilte mit, daß auf dem Treffen nicht nur Fragen der Rüstungskontrolle, sondern auch ein breiter Kreis von Problemen erörtert werden sollen. Unter ihnen nannte er den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Menschenrechte, die Freiheit der Religion, die Möglichkeit der Verringerung des Risikos eines nichtkernaren, chemischen, und bakteriologischen Krieges sowie Wirtschaftsfragen. Eine solche Diskussion werde den Interessen beider Länder entsprechen.

Tatkräftige Schritte tun not

Obwohl die Schlüsselstellung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bestehen bleibt, werde die Welt von heute, in der jeder einzelne Staat eine immer wichtigere Rolle spielt, wechselseitig abhängiger. Das erklärte der ehemalige Premierminister Großbritanniens Lord Callaghan gegenüber TASS.

Nach Meinung von Lord Callaghan werden die Supermächte in der Zukunft nicht mehr eine so dominierende Stellung in der Welt wie in den vergangenen 40 Jahren einnehmen. Die neue „multipolare Welt“ werde dennoch kaum sicherer werden, wenn man die regionalen Konflikte in Rechnung stellt, die das Gleichgewicht der Kräfte zerstören können.

Auf das bevorstehende sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen eingehend, meinte Lord Callaghan, daß man hinsichtlich der Vereinbarung über die strategischen Offensivwaffen wohl kaum mit sofortigen Ergebnissen rechnen könne. Er brachte gleichzeitig die Zuversicht zum Ausdruck, daß die Konsultationen und Beratungen zwischen der UdSSR und den USA auch nach dem Machtantritt der neuen USA-Regierung fortgesetzt werden.

Neben den Problemen der strategischen Rüstungen harrten auch Probleme der konventionellen und besonders der chemischen Waffen ihrer Lösung. „Die Gefahr der chemischen Waffen, die die Öffentlichkeit so stark bewegt, ist vielleicht noch größer als die Bedrohung seitens der Nuklearwaffen“, betonte Lord Callaghan. Man müsse alles unternehmen, um ein Dokument zu erzielen, das die Möglichkeit geben würde, die C-Waffen zu verbieten und mit deren wirklichen Vernichtung zu beginnen.

„Naurys“ — Wiedergeburt einer Tradition

Auf der Pressekonferenz, gewidmet dem Theaterfestival der mittelasiatischen Republiken in Alma-Ata, sprach Kirill Lawrow, Vorsitzender des Verbands der Theaterschaffenden der UdSSR. Er betonte, daß eine der wichtigsten Aufgaben des Verbands heute darin bestehe, das Theaterleben nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in allen Regionen des Landes zu beleben, neue Formen seiner Verschmelzung mit dem geistigen Leben des Volkes zu finden.

Das Theaterfestival in Alma-Ata ist der erste Schritt auf dem Weg zur erfolgreichen Lösung dieser Probleme. Es trägt den poetischen Namen „Naurys“, zu deutsch „Frühling“, und knüpft an eine alte, in den letzten Jahrzehnten leider fast ganz vergessene Tradition der mittelasiatischen Völker an, im Frühling farbenprächtige Kunstfeste zu veranstalten.

Von solch einer herrlichen Möglichkeit, zusammenzukommen, um voneinander zu lernen, Erfahrungen auszutauschen und schöpferische Probleme und Perspektiven zu diskutieren, haben

die Theaterschaffenden schon lange geträumt. Nun wird dieser Traum Realität. Die besten Theaterkollektive Usbekistans, Kirgisistans, Turkmenistans und Tadschikistans fanden sich in Alma-Ata zusammen, um den Grundstein für die Wiederbelebung der alten Tradition zu legen. Das Theaterfestival „Naurys“ soll von nun an alljährlich abwechselnd in einer der Hauptstädte der fünf mittelasiatischen Unionsrepubliken veranstaltet werden.

Auf dem Programm des Festivals standen sechs Aufführungen, sehr unterschiedlich nach Thema und Genre. Am Eröffnungstag zeigte das Kasachische Akademische Theater „M. Auesow“ das Drama von Kaital Muchamedjanow „Wir sind nicht Engel“, in dem ernste moralische Probleme im Leben unseres Volkes in den Vorkriegsjahren behandelt werden.

Das usbekische Dramentheater für Kinder und Jugendliche „Jesch Gwardija“ („Junge Garde“) erreichte die Zuschauer mit der Komödie des Klassikers der usbekischen Dramaturgie Chamsa

„Die Schelmenstrelche der Malsara“.

Probleme unserer Heute ist die Aufführung „Teure Jelena Sergejewna“ von L. Rasumowskaja gewidmet, die vom Kollektiv des Russischen Akademischen Theaters „W. Majakowski“ aus Duschanbe gezeigt wurde. Sie fand regen Anklang bei den Zuschauern, weil darin eine enge Verschmelzung der Theaterkunst mit Elementen der Filmkunst vor Augen geführt wird.

Das Kirgisische Akademische Dramentheater aus Frunse brachte zum Festival das zeitgenössische Stück „Die Nacht vor der Scheidung“ des jungen Dramatikers K. Akmatow. Es erforscht den zersetzenden Einfluß der Stagnationszeit auf das geistige Leben der sowjetischen Gesellschaft.

Breite Publikumsresonanz hatte die Inszenierung „Nessimi“ des turkmenischen Dramentheaters „Molla Nepes“. Darin wird eine Brücke aus der uralten Vergangenheit in das Heute geschlagen. Im Mittelpunkt der Handlung steht das tragische

Schicksal dieses hervorragenden Dichters und Denkers des Orients.

Als Gastgeber durften die Theaterschaffenden Kasachstans zwei Aufführungen zeigen. Diese Ehre wurde neben dem Auesow-Theater auch dem Aktjubinsker Gebietstheater zuteil, das seine Interpretation des Dramas von A. Tolstoi „Zar Fjodor Ioannowitsch“ dem Urteil des anspruchsvollen Publikums und der Jury des Festivals unterbreitete.

Eine ganz besondere Note verlieh dem Festival „Naurys“ die Teilnahme an diesem Fest des bulgarischen Theaters „Sofia 199“ (mit der Aufführung „Nerven für die Liebe“) und des indischen Schauspielhauses Kalkutta, das Maxim Gorkis Drama „Nachtasyll“ zeigte.

Das Festival „Naurys“ ist selbstverständlich ein Volksfest der Theaterkunst, eine Schule der gegenseitigen Bereicherung und der schöpferischen Freundschaft, aber zugleich auch ein schöpferischer Wettbewerb; deshalb hatte die autoritative Jury mit dem Volkskünstler der

UdSSR, Leninpreisträger Telmuras Tscheldse (Georgien) an der Spitze es nicht leicht, das beste Kollektiv zu ermitteln. Die Hauptkriterien, von denen man sich bei der Beurteilung der schöpferischen Leistungen jedes Theaterkollektivs leiten ließ, waren hohes künstlerisches Niveau der schöpferischen Behandlung ewiger wie auch heutiger Probleme der menschlichen Gesellschaft.

Sieger des Festivals „Naurys“ wurde die Aufführung „Die Schelmenstrelche der Malsara“ in der Inszenierung des Taschkenter usbekischen Dramentheaters „Jesch Gwardija“. Der Preis für die beste Regieleistung wurde W. Achadow, dem Regisseur des Staatlichen Russischen Dramentheaters aus Duschanbe für die Aufführung „Meine teure Jelena Sergejewna“ nach dem Stück von L. Rasumowskaja verliehen. Diese beiden Aufführungen sollen in nächster Zeit auf der Bühne des Theaters der Freundschaft gezeigt werden.

Am 20. Mai fand im Kasachischen Akademischen Auesow-Theater die feierliche Abschließung des Theaterfestivals „Naurys“ statt. Auf Wiedersehen im nächsten Jahr!

Manfred HELM

Unser Volkslied

Premiere der Rubrik

Das Interesse für die Volkskunst war zu allen Zeiten groß, doch besonders gestiegen ist es in unseren Tagen, wo in der sowjetischen Gesellschaft vieles getan wird, um die Hindernisse auf dem Weg zur Förderung der nationalen Kultur und des nationalen Selbstbewusstseins wegzuräumen. Denn das Internationale besteht aus dem Nationalen, sie bereichern sich gegenseitig.

Das Volkslied nimmt in der Schatzkammer der nationalen Kulturen einen würdigen Platz ein. In ihm kommt die Seele des Volkes zum Ausdruck.

Die „Freundschaft“ führt eine neue ständige Rubrik „Unser Volkslied“ ein, wo alte Lieder, die unter den Sowjetdeutschen Verbreitung haben, veröffentlicht werden sollen.

Wir beabsichtigen, manche von diesen Liedern mit kurzen Kommentaren von Folkloreforschern und Musikwissenschaftlern zu versehen. In dieser Arbeit rechnen wir sehr mit der aktiven und tatkräftigen Hilfe unserer Leser. Wir würden gern erfahren, wie dieses oder jenes Lied in verschiedenen Gegenden gesungen wurde, wie sich der Text und Erinnerungen mit dem jeweiligen alten Lied verbunden sind.

Mit diesen Publikationen wollen wir zur Erhaltung und Popularisierung des Liederschatzes der Sowjetdeutschen beitragen.

Frühlingslied

Text: H. v. Fallersleben Volkswaise

1. Schö-ner Früh-ling, komm doch wie-der! Lie-ber Früh-ling, komm doch bald! Bring uns Blu-men, Laub und Lie-der, schmücke wie-der Feld und Wald.

Schöner Frühling, komm doch wieder! Lieber Frühling, komm doch bald! Bring uns Blumen, Laub und Lieder, schmücke wieder Feld und Wald. La, la usw.

Auf die Berge möcht' ich fliegen, möchte sehn ein grünes Tal, möcht' in Gras und Blumen liegen und mich freuen am Sonnenstrahl. La, la usw.

Möchte hören die Schalmefen und der Herden Glockenklang, möchte freuen mich im Freien an der Vogel süßem Sang. La, la usw.

Schöner Frühling, komm doch wieder! Lieber Frühling, komm doch bald! Bring uns Blumen, Laub und Lieder, schmücke wieder Feld und Wald. La, la usw.

Wie werden Sie bedient? Das tägliche Brot

Über die Qualität des in der Dshambuler Backwarenvereinigung gebackenen Brotes laufen in den Zeitungsredaktionen und im Stadtparteikomitee zahlreiche Klagen ein.

Der Produktionstrust der Kommunalwirtschaft unserer Stadt sammelt Speiseabfälle in allen Wohngebieten und liefert sie an das Erfassungskontor für außerplanmäßige Futtermittel. Hier werden Schweine und Bullenkälber gehalten und gemästet.

„Wir bekommen von den Sammlern monatlich 180 bis 245 Tonnen Speiseabfälle, die zu 50 bis 60 Prozent aus Brot bestehen“, sagt der Leiter dieses Kontors Ibrahim Shumatajew. Dabei handelt es sich doch um das Brot, daß den Werktätigen der Landwirtschaft viele schlaflose Nächte, viel Fleiß gekostet hat. Sie haben keine Mühe gescheut, uns mit unserem täglichen Brot zu versorgen. Wer schlechtes Brot bäckt oder es in die Mülltonne wirft, begeht einen Frevel.

Viele unserer Stadtbewohner waren immer sehr froh, wenn sie ein Brot, gebacken in Michallowka, dem Zentrum des Swerdlow-Rayons, kaufen konnten. Dieses weiche Brot mit knusperbrauner Kruste, das man gelegentlich in die Stadt brachte, ist sehr schmackhaft.

Jetzt kann man es im Konsum „Akbulak“ kaufen. Es wird täglich aus Michallowka gebracht.

„Die Nachfrage nach diesem Brot ist sehr hoch. Es bildet sich stets eine lange Schlange, wenn es ankommt. In 20 bis 25 Minuten wird es vergriffen“, sagt der Verkäufer Anwar Muradow.

„Wenn man in Dshambul solches Brot backen würde, käme kaum etwas davon in die Mülltonne“, sagte eine ältere Frau, die nach Brot anstand. „In Michallowka sind wahre Meister in der Bäckerei beschäftigt.“

Nun begab ich mich nach Michallowka. In einer kleinen Nebenstraße des Rayonzentrums zeigte man mir ein unansehnliches Gebäude.

Zunächst schien es sogar unwahrscheinlich zu sein, daß in diesem niedrigen Bau jenes schmackhafte knusperbraune Brot, die weichen Semmeln und die prächtigen Torten gebacken werden. Es stellte sich aber heraus, das alles stimmt. Auch hier, in Michallowka, erfreuen sich die Erzeugnisse dieser Bäckerei höchster Nachfrage. Obwohl es hier noch eine Brotfabrik gibt...

„Pro Schicht backen wir 1.430 Bröte. Sämtliche Arbeit wird manuell verrichtet“, klagen die hier beschäftigten Nelly Bäcker und Nadeshda Iwanowa.

Auch das Backen von Süßwarenerzeugnissen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Diese Abteilung sieht ebenso jämmerlich aus. Doch dort sind solche vorzüglichen Konditoren am Werk, wie Galija Begalijewa, Valentin Odinger, Ailscha Schaucharowa, Maria Eckert, Maria Sharkowa und Ira Kriwowa. Sie leisten Qualitätsarbeit.

„Worauf ist die gute Qualität Ihres Brotes zurückzuführen?“ fragte ich die Bäcker.

„Da gibt es keine besonderen Geheimnisse. Wir geben uns natürlich Mühe, daß in den Teig alles hineinkommt, was für gutes Brot notwendig ist“, gaben sie zur Antwort.

Im Vorjahr war die Bäckerei zur wirtschaftlicher Rechnungsführung übergegangen. Der monatliche Gewinn beträgt 3 000 bis 3 500 Rubel. Das scheint ihnen aber wenig zu sein.

„Doch wir wissen nicht, wohn dieser Gewinn kommt“, sagt die Oberbäckerin Ludmilla Gladkowa. „Wir brauchen aber dringend Hilfe: Es muß ein Raum für die neuen Ausrüstungen gebaut werden, die seit dem Vorjahr im Hof liegen. In unserer alten Bäckerei kann man sie nicht aufstellen, weil sie zu groß sind. Von der Notwendigkeit des Anbaus spricht man in unserer Rayonkonsumgenossenschaft sowie im Brot- und Nahrungsmittelkombinat bereits drei Jahre lang. In unserer Bäckerei gibt es weder einen Nebenraum noch einen Aufenthaltsraum oder ein Esszimmer.“

„Ja, die Klagen der Bäcker sind berechtigt. Ihre Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden.“

„Am Rande des Dorfes Michallowka liegt ein Backkombinat. Die Bäckerei, von der oben die Rede war, gehört übrigens diesem Kombinat an.“ Doch die Arbeitsbedingungen in diesen Betrieben sind sehr verschieden. Im Kombinat sind alle Arbeitsprozesse mechanisiert. Seine Tagesleistung beläuft sich auf 60 bis 65 Tonnen Brot. Das Brot ist hier, daß muß man zugeben, viel besser als in Dshambul. Es hat eine ebensole goldbraune Kruste, ist gut durchgebacken und schmeckt auch gut. Trotzdem muß man sagen, daß es doch nicht so locker ist, wie das Brot aus der alten Bäckerei. Dieses Brot ist fast nur halb so hoch, aber gut durchgebacken.“

In Michallowka aber bevorzugt man das Brot aus der alten Bäckerei.

„Unser Teig wird allzu großer mechanischer Bearbeitung unterworfen“, sagt die Laborantin des Backkombinats Tatjana Sergina. „Der Kleber, der dem Brot die Lockerheit verleiht, wird von den Schnecken, Teigteilern usw. zerschlagen.“

Ich weiß nicht, inwiefern sie recht hat, denn ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet. Doch, daß sie besseres Brot backen als bei uns in der Stadt, unterliegt keinem Zweifel. Wahre Meister in ihrem Fach sind unter anderem die Bäckerinnen Lydia Nigmatullina und Lydia Schönfeld.

Mir scheint, für die Dshambuler Brotbäcker würde es sich lohnen, in dieses Dorf zu fahren, um Arbeitserfahrungen zu übernehmen. Dann würde man bestimmt nicht mehr so viel Brot in Abfalltonnen werfen.

Adam WOTSCHEL, Korrespondent der „Freundschaft“



Elternlose Kinder sind nun geborgen

Eine Atmosphäre der Freundschaftlichkeit und des Wohlwollens zu schaffen, den Unterrichtsprozeß zu fördern und die Lebensbedingungen in einer Einrichtung zu verbessern, wo elternlose Kinder leben und lernen, war der natürliche Wunsch Viktor Fukalows, als er vor einigen Jahren die Internatsschule Nr. 2 in Rudny als Direktor übernahm.

In jenen Jahren begannen die Massenmedien auf Vorschlag des ZK der KPdSU eine umfassende Propagierung der Arbeitserfahrungen führender Schulkollektive, darunter auch spezieller, wie das in Rudny.

Viktor Alexejewitsch war unter den ersten Gästen des bekannten Pädagogen A. Katolkow. Seine Methodik war zu jener Zeit sehr beliebt. Auch Fukalow hatte das Internat von Syktywkar gefallen.

Ihm entging nicht auch die besondere Atmosphäre der Sachlichkeit: Jede Arbeit, mit der man sich im Internat von Syktywkar befaßte, wurde gern und mit großer emotionaler Schwung ausgeführt. In allem war häusliches Vorgehen, Sparsamkeit und Selbständigkeit der Kinder zu spüren.

Die Umgestaltung begann Viktor Fukalow bei sich selbst. Vieles im Internat änderte sich zum Besseren; in erster Linie spürten das die Zöglinge selbst. Während sich die meisten von ihnen früher genierten, über ihre Schule zu sprechen, sind sie heute stolz auf sie.

Unsere Bilder: Man sagt, Kinder lieben nie unaufrichtig. Diese Minuten der Begegnung mit den Schülern der unteren Klassen betrachtet Viktor Alexejewitsch als beste Auszeichnung für seine schwierige Arbeit.

Im Schulspeisesaal ist Selbstbedienung. Speisen sind hier abwechslungsreich und schmackhaft.

Fotos: KasTAG

Assyrisches Kulturprogramm

Ein neues Programm hat jetzt das assyrische Tanz- und Gesangsensemble des Dorfes Werin Dwin in der Armenischen SSR einstudiert. Es umfaßt sowohl alte Volksweisen als auch zeitgenössische Werke. Das vom Komponisten Leonid Jedigarow geleitete Volkskunstkollektiv, dem Arbeiter, Bauern, Pädagogen und Studenten angehören, gastierte in vielen Städten der Sowjetunion.

Die Assyrer waren nach geschichtlicher Überlieferung vor 2000 Jahren aus Iran eingewandert und wurden von der einheimischen Bevölkerung gastfreundlich aufgenommen. Heute leben in Sowjetarmenien mehr als 10 000 Angehörige dieser Nationalität. Vor 1920 waren sie

vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt. Inzwischen sind aus der assyrischen Bevölkerung zahlreiche Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Musiker und Pädagogen hervorgegangen. Das im fruchtbaren Ararat-Tal gelegene Dorf Werin Dwin, das kürzlich sein 150jähriges Bestehen feierte, gilt als Zentrum der armenischen Assyrer, die ihre Kultur und Bräuche bewahrt haben. (TASS)

Lehrerzimmer der «Freundschaft»

Die ungewöhnliche Stunde

„Liebe Kollegen! Ihnen ist schon bekannt, daß auf Anordnung der Stadtabteilung Volksbildung am 12. Oktober in allen Schulen die einheitliche „Stunde des Antifaschismus“ erteilt werden muß“, sagte die stellvertretende Schuldirektorin Klara Michallowna. „Ich bitte Sie, binnen einer Woche konkrete Vorschläge und Ideen einzubringen.“

Lydia Kornejewna war zum erstenmal in solch einer Beratung der Klassenleiterin zugegen; für sie war alles neu und unerwartet.

„Ach, machen Sie sich doch keine besonderen Gedanken darüber“, tröstete sie die Nachbarin von links, an die Lydia sich mit Fragen gewandt hatte. „Sie üben mit den Kindern ein paar antifaschistische und Antikriegslieder und Gedichte ein, laden einen Kriegsteilnehmer ein, und fertig ist die Maßnahme. Es ist ja sowieso nur für den Plan.“

Das wollte der jungen Lehrerin, der gestrigen Studentin, nun aber wirklich nicht in den Kopf. Wieso nur für den Plan? Es geht doch dabei um heilige Begriffe! Doch Antwort auf ihre Fragen fand sie keine, zudem genierte sie sich auch, den so beschäftigten Kollegen mit Fragen zuzusetzen.

Nach dem Unterricht blieb sie in der Bibliothek, um einschlägige Literatur auszuwählen und alles in Ruhe zu überlegen.

„Na, was gibt es nun?“ überraschte sie bei dieser Tätigkeit die alte und etwas geradlinige Bibliothekarin Galina Stepanowna. „Die Stunde des Antifaschismus? Was für'n Blödsinn — eine Stunde? Wem so etwas nur einfällt! Wohl den Bürokraten aus der Stadtabteilung Volksbildung. Die sorgen nur für einen glatten Rechenschaftsbericht.“

Die alte Frau sah besorgt auf die Lehrerin, die ganz unschlüssig darsaß. Sie tat ihr leid.

„Weißt du was?“ (es war ihre Manier, alle zu duzen, doch niemand nahm ihr das übel), sagte Galina Stepanowna. „Wir laden meine Nachbarin Anastassija und ihren Mann in deine Stunde ein. Die machen bei solchen Maßnahmen nur ungern mit, doch ich werde sie überreden. Die werden euch viel über die Schrecken des Krieges gegen die Faschisten erzählen.“

Lydia wußte kaum, wie sie der gütigen Frau danken sollte.

Vor allem wollte sie die beiden Kriegsveteranen mit einigen ihrer Schüler zu Hause besuchen, um erst einmal zu besprechen,

wie diese Erziehungsmaßnahme zu gestalten sei.

Anastassija Petrowna, eine gastfreundliche und liebe Frau, machte auf Lydia einen sehr guten Eindruck. Nicht sofort, nur allmählich, kam sie in Schwung und erzählte viel Beeindruckendes über den Kriegsaltag.

„Ich würde gern zu diesem Treffen kommen“, sagte Anastassija Petrowna zum Schluß. „Aber mein Mann ist weggefahren und kehrt erst am 20. Oktober zurück.“

„Wie? Und unser Termin? Wir können die Stunde doch nicht verschieben. Das ist Vorschrift der Abteilung Volksbildung.“

„Stammelte Lydia nur.“

„Lydia Kornejewna“, umringten die Kinder ihre Lehrerin. „Zerbrechen Sie sich doch nicht darüber den Kopf. Wir führen die Stunde später durch, dafür aber wird sie um so interessanter!“

Die junge Lehrerin überlegte eine Weile und willigte ein. Schließlich war der Sinn, der erzieherische Wert der Veranstaltung entscheidend. Sie hatte bereits verstanden, daß diese Klassenstunde mit den beiden Kriegsveteranen unbedingt gut ausfallen würde. Leider wußte sie noch nicht, daß man in dieser Schule alle Anordnungen der Stadtabteilung

Ehrenpreis verliehen

In der Aula des amerikanischen Colleges in der Schweiz hat ein feierliches Zeremoniell der Überreichung von Ehrendiplomen eines Doktors der Wissenschaften dieser angesehenen Lehranstalt stattgefunden. Zu den Ausgezeichneten gehören der sowjetische Filmregisseur Nikita Michalkow, der französische Politiker und ehemalige Minister in den Kabinetten Pompidou und Mitterrands Michel Jobert, der amerikanische Physiker Richard Müller und der Direktor des Amerikanischen Instituts für außenpolitische Studien, Daniel Pipes.

Bei der Überreichung des Diploms und des Talars an den sowjetischen Filmregisseur würdigte der Präsident des Colleges, D. Cedot, seine Verdienste bei der Entwicklung der humanistischen und realistischen Kunst, das tiefe Eindringen in Charaktere und Schicksale der Helden, die er spielt. (TASS)

reich. Doch mit besonderer Spannung warteten alle Jungen und Mädchen auf die Erinnerungen der eingeladenen Kriegsteilnehmer.

Diese Erziehungsmaßnahme wurde ein glänzender Erfolg. Man mußte sehen, mit wieviel Begeisterung und aufrichtiger Neugier die Kinder daran teilnahmen. Im dunklen Zimmer am improvisierten Lagerfeuer geschah ein wahres Wunder der Offenbarung der Seelen; es gab keine großen Worte, keine Effekthascherie; alles war sehr einfach und herzlich. Auch die Kriegsveteranen Anastassija Petrowna und Pjotr Alexandrowitsch hatte diese Atmosphäre und Begeisterung der Kinder überwältigt. Das, was sie an diesem Abend erzählen, kam aus tiefster Seele, das werden die Jungen und Mädchen nicht so schnell vergessen können. Auch die Leiterin der Lehrabteilung war von dieser Veranstaltung gerührt, doch offenbar hatte der Ordnungssinn, die Gewohnheit, jede Anordnung der Obrigkeit streng zu befolgen, auch diesmal in ihr gesiegt. In der nächsten Beratung der Klassenleiterin wies sie die junge Lehrerin zurecht. Dabei fand sie keine Worte der Anerkennung für die Erziehungsmaßnahme, die in den Seelen der Kinder eine tiefe Spur hinterlassen hatte. Ihr ging und geht es einzig und allein um Ordnung.

Helmut MANDTLER

Musikfestival in Leningrad

Mit dem Vortrag von „Zehn Märsche“ Mauricio Kagels wurde das Programm der Bundesrepublik Deutschland beim Internationalen Musikfestival in Leningrad begonnen. Zweimal — 1981 und 1984 — fand es in Moskau statt. Am Leningrader Festival nehmen 160 Komponisten aus über 40 Ländern teil.

Kagels Werke wurden vom Solisten-Ensemble des Orchesters des Bolschoi-Theaters der UdSSR unter Stabführung Alexander Lasarews im Kleinen Saal der Leningrader Philharmonie vorgetragen. Lasarew ist die Musikkultur der Bundesrepublik gut bekannt. Er gastierte mehrmals in diesem Land auf, wo er Opern und Ballette des Theaters sowie die Konzerte des von ihm 1977 gebildeten Ensembles dirigierte. Die sowjetischen Musiker brach-

ten das 1979 geschriebene Stück „Tribun“ zu Gehör. In diesem satirischen gegen den Krieg gerichteten Stück probt ein Redner seinen Vortrag vor dem Spiegel unter Klängen von Militärmusik und Applaus. In der Rolle des Redners und des Dirigenten trat Alexander Lasarew auf, wobei er nicht nur sein musikalisches Talent, sondern auch sein ungewöhnliches schauspielerisches Können zeigte.

„Satire in der Musik ist ein selten vorkommendes Genre“, sagte der bekannte Leningrader Komponist Andrej Petrow in einem TASS-Interview. „Das Motto unseres Festivals lautet: „Musik für den Humanismus, für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern“. Kagel hat ihm einen besonderen Zauber verliehen.“